

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2001

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

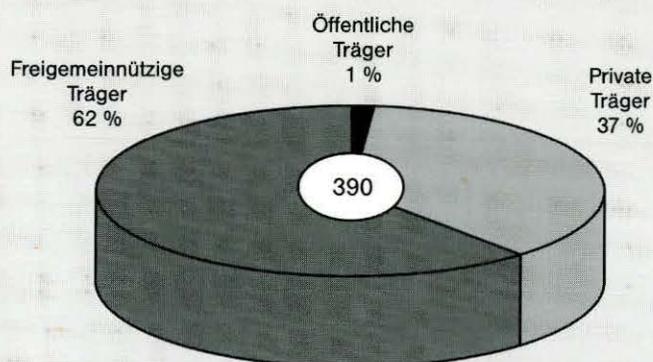
September

Oktober

November

Dezember

Stationäre Pflegeeinrichtungen am 15. Dezember 1999¹⁾



1) Pflegeheime, Kurzzeitpflege, Tages- und Nachtpflege.

Inhalt

Verschuldung des Landes und Auswirkungen auf den Haushalt	141	Ende 2000 war das Land mit 37 Mrd. DM verschuldet, das waren 2,3% mehr als im Vorjahr. Die Kreditaufnahme verstärkt zwar die gegenwärtigen Einnahmen, führt jedoch in zukünftigen Perioden zu zusätzlichen Ausgabenbelastungen für Zins und Tilgung.
Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige 1999	147	Mehr als drei Viertel aller betreuten Pflegebedürftigen sind Frauen. Damit erhielten von 1 000 Einwohnern 16 Frauen, aber nur fünf Männer eine Betreuung bzw. Sachleistung oder kombinierte Leistungen durch die Pflegedienste oder die stationären Einrichtungen.
Vermarktung im Weinbau 1999	152	Die Verwertung des Lesegutes beeinflusst in hohem Maße Organisation und Rentabilität eines Weinbaubetriebes. Gut zwei Drittel der rund 16 000 Weinbaubetriebe bauten 1999 zumindest Teile ihres Lesegutes zu Wein aus. Der Anteil der Wein ausbauenden Betriebe hat seit 1989 allerdings nur wenig zugenommen.
Kurzbeiträge	157 159	Außenhandel mit Wein Insolvenzen 2000
Anhang	41* 47*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Verschuldung des Landes und Auswirkungen auf den Haushalt

Ausgehend von einem Schuldenstand in Höhe von 664 Mill. DM im Jahr 1952 stieg die Verschuldung des Landes auf 37 012 Mill. DM im Jahr 2000. Den ersten Jahren mit einer hohen Neuverschuldung folgten Jahre mit geringeren Zuwachsraten, bis es von 1961 bis 1963 zu einem Schuldenabbau kam, und zwar um insgesamt fast 10% auf 1 401 Mill. DM im Jahr 1963. Die folgenden 20 Jahre waren durch sehr große Zuwächse gekennzeichnet, sodass der Schuldenstand Ende 1983 auf 14 328 Mill. DM angewachsen war. Die hohe Nettokreditaufnahme in diesen Jahren wurde aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse und der Konjunkturprogramme des Bundes, die mit zu finanzieren waren, akzeptiert. Seit 1984 konnte die Neuverschuldung spürbar begrenzt werden, sodass die jährlichen Steigerungsraten zum Teil deutlich unter 10% gehalten werden konnten.

Die Schulden des Landes haben in der Vergangenheit zugenommen, weil die Ausgaben größer waren als die Einnahmen. Da der Kreditbedarf zur Schließung der Einnahmelücke in den einzelnen Jahren unterschiedlich groß ist, schwankt die Kreditfinanzierungsquote, ausgedrückt als Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben, mehr oder weniger stark, sodass eine eindeutige Entwicklung nicht erkennbar ist. Das Land finanzierte zum Teil deutlich weniger als 10% seiner Gesamtausgaben durch Kredite. Von 1990 bis 1999 bewegte sich die Quote zwischen 5,8% im Jahr 1992 und 9,6% im Jahr 1997.

Die Höhe der Kreditaufnahme wird in der Regel limitiert durch die Höhe der Investitionen. Die Investitionsausgaben des Landes beliefen sich 1999 auf 2 258 Mill. DM, davon waren 30,6% für Sachinvestitionen, vor allem für Baumaßnahmen, vorgesehen. Gegenüber 1979, als 1 769 Mill. DM investiert wurden, bedeutet das zwar eine Steigerung um 27,7%, gemessen an den Gesamtausgaben entwickelten sich die Investitionen jedoch rückläufig. Damals wurden 17,2% der Gesamtausgaben investiert, 1999 waren es 10,4%.

Während der Haushalt des Landes durch das unterproportionale Wachstum der Investitionen relativ entlastet wurde, stieg die Belastung durch den Schuldendienst als Folge der zunehmenden Verschuldung. Für Zinsen gab das Land im Jahr 1979 noch 534 Mill. DM aus, 2 011 Mill. DM waren es 1999. Die Zinsen beanspruchten 1979 nur 5,2% der Gesamtausgaben, 1999 waren es dagegen 9,3%. Nur in den Jahren 1985 bis 1988 lag die Zinsausgabenquote als Folge des damals sehr hohen Zinsniveaus noch etwas darüber. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 141.

Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen betreuen 1,1% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung

Im Jahr 1999 wurde die Statistik über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie die Pflegegeldempfänger eingeführt. Nachdem die Bundesregierung im Oktober 1999 die entsprechende Pflegestatistik-Verordnung erlassen hatte, konnte die Erhebung erstmals zum Stichtag 15. Dezember 1999 durchgeführt werden. Die Statistik ist als Bestandserhebung im zweijährigen Erhebungsturnus vorgesehen. Auskunfts-pflichtig sind die Träger der Pflegedienste und Pflegeheime bzw. die zugelassenen ambulanten Pflegeeinrichtungen sowie die teilstationären und vollstationären Pflegeeinrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) besteht oder die Bestandsschutz genießen und danach als zugelassen gelten.

Damit liegen nach Einführung der Pflegeversicherung in den Jahren 1995 und 1996 zum ersten Mal Daten vor, die Informationen über die Art der ambulanten Pflegedienste und deren Trägerschaft, über die im Pflegedienst tätigen Personen und die von den Pflegediensten betreuten Pflegebedürftigen liefern. Die Statistik stellt zudem Ergebnisse über den Personenkreis bereit, der in häuslicher Pflege lebt und der an Stelle der Sachleistung Pflegegeld in Anspruch genommen hat.

Im Rahmen des Pflege-Versicherungsgesetzes wurden von den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz insgesamt 42 906 Pflegebedürftige betreut und versorgt. Das waren 1,1% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung. Mehr als zwei Drittel aller zu betreuenden Pflegebedürftigen (29 040) waren 80 Jahre oder älter. Damit wurden 196 Personen, bezogen auf 1 000 Einwohner in dieser Altersgruppe, in Pflegeeinrichtungen oder von Pflegediensten versorgt. Allein von den 25 550 über 90-Jährigen wurden über 41% pflegerisch betreut.

Mehr über dieses Thema auf Seite 147.

4 800 Weinbaubetriebe vermarkteten 1999 ausschließlich Fasswein

Nach wie vor hat die Fassweinvermarktung in Rheinland-Pfalz für viele Weinbaubetriebe Bedeutung. Zu den 4 800 Weinbaubetrieben, die 1999 ausschließlich Fasswein vermarkteten, kamen noch einmal 4 500 Winzer, die einen Teil ihres Weins als Fasswein verkauften. Damit befassten sich 57% der rund 16 000 Weinbaubetriebe mit dem Fassweinabsatz. Die größte Bedeutung hatte der Fassweinverkauf im Anbaugebiet Rheinhessen (93%). 1 800 der 7 400 Betriebe mit Flaschenweinproduktion vermarkteten ausschließlich über die Flasche.

kurz + aktuell

Der wichtigste Absatzweg der Flaschenweinbetriebe war der Verkauf an Endverbraucher. Diesen Absatzweg nutzten fast alle Betriebe, die Flaschenwein vermarktet. Die Abholung der Flaschen durch die Kunden direkt beim Betrieb hatte dabei die größte Bedeutung. Immerhin 6 900 Betriebe setzten auf diesen Verkaufsweg. Ein weiterer wichtiger Absatzweg war der Versand von Flaschenwein durch die Post, die Bahn oder eine Spedition. Diese Möglichkeit boten 5 800 Betriebe ihren Kunden.

Rund 5 100 Betriebe mit 9 600 ha Rebfläche bauten 1999 ihr Lesegut nicht aus. Knapp 4 200 Betriebe lieferten ihr Lesegut an eine Winzergenossenschaft, eine Erzeugergemeinschaft oder an einen Herstellungsbzw. Vermarktungsbetrieb – davon lieferten 4 000 vollständig ab. An Verbundkellereien oder Handelsbetriebe verkauften gut 1 000 Betriebe. Winzergenossenschaften verwerteten das Lesegut von knapp 3 300 Betrieben, die über eine Rebfläche von 6 900 ha verfügten. bd

Mehr über dieses Thema auf Seite 152.

Durchschnittliches Einfamilienhaus heute mit fast 150 m² Wohnfläche

Die im Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz genehmigten Einfamilienhäuser werden eine durchschnittliche Wohnfläche von 148 m² haben. Wohnungen in Zweifamilienhäusern verfügen im Schnitt über 111 m². Damit haben sich im Vergleich zum Vorjahr keine nennenswerten Verschiebungen ergeben. Die Wohnungen in Fertighäusern sind kleiner als diejenigen, die in konventioneller Bauweise errichtet werden sollen. Während Einfamili-

enhäuser im Fertigteilibau es auf 136 m² Wohnfläche bringen, liegt sie bei den „Stein auf Stein“ gebauten Gebäuden bei 151 m².

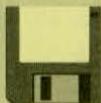
Im Durchschnitt lagen die Kosten der genehmigten Wohngebäude je Quadratmeter Wohnfläche bei 2 472 DM. Keinen großen Preisunterschied gab es zwischen den Gebäuden im Fertigteilibau und denen in konventioneller Bauart. Für Einfamilienhäuser wurden je Quadratmeter Wohnfläche 2 522 bzw. 2 552 DM veranschlagt. hw

Senioren halten sich geistig fit

Im Wintersemester 2000/01 besuchten 1 522 Gasthörerinnen und Gasthörer Lehrveranstaltungen an rheinland-pfälzischen Hochschulen. Seniorinnen und Senioren waren vergleichsweise häufig vertreten. Fast die Hälfte (752) der Gasthörerinnen und Gasthörer hatte bereits das sechzigste Lebensjahr vollendet. 26 Personen waren achtzig Jahre und älter. Das Durchschnittsalter der Wissendurstigen insgesamt betrug 53 Jahre. 708 (knapp 47%) waren Frauen, 115 (7,6%) hatten eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Fast zwei Drittel der Gasthörerinnen und Gasthörer besuchten Lehrveranstaltungen der Fachrichtung Sprach- und Kulturwissenschaften. Es folgten die Fächergruppen Mathematik, Naturwissenschaften (16%), Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (11%) und Kunst, Kunstwissenschaft (5%).

Die meisten Gaststudierenden (418) wurden an der Universität Trier registriert, gefolgt von der Johannes Gutenberg-Universität Mainz mit 406, der Universität Koblenz-Landau mit 181 und der Theologischen Fakultät Trier mit 151 Einschreibungen. we



Neue Gemeinschaftsveröffentlichung der statistischen Ämter des Bundes und der Länder:

Realsteuerhebesätze aller Städte und Gemeinden in Deutschland

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten mit ihrer Gemeinschaftsveröffentlichung „Hebesätze der Realsteuern“ einen neuen Service auf Datenträger an. Die Diskette enthält im Format Excel 5.0/95 die Realsteuerhebesätze der rund 14 000 Städte und Gemeinden in Deutschland.

Für das Jahr 2000 umfasst die Datei die Hebesätze für die Grundsteuern A und B sowie für die Gewerbesteuer. Als zusätzliche Information sind die Einwohnerzahlen der Gemeinden gespeichert.

Das neue Produkt ist besonders für Unternehmens- und Steuerberater interessant. Es unterstützt z. B. die Standortbewertung für eine Firmenansiedlung.

Für Gemeindeverwaltungen und Kommunalpolitiker ermöglicht es einen Überblick über die Hebesätze der rheinland-pfälzischen Gemeinden im Bundesvergleich.

Die Diskette „Hebesätze der Realsteuern“ ist zum Preis von 80 DM zuzüglich Versandkosten erhältlich.

Statistisches Landesamt

Vertrieb der Veröffentlichungen · 56128 Bad Ems
Telefon: (0 26 03) 71-2 45 · Telefax: (0 26 03) 71-3 15
E-Mail: poststelle@statistik-rp.de

Verschuldung des Landes und Auswirkungen auf den Haushalt

Die Aufnahme von Krediten durch das Land ist in Artikel 117 der Landesverfassung geregelt. Danach dürfen die Einnahmen aus Krediten die Summe der im Haushaltsplan veranschlagten Ausgaben für Investitionen nicht überschreiten. Ausnahmen sind nur zulässig zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Diese Neufassung durch das 21. Landesgesetz zur Änderung der Landesverfassung vom 20. Dezember 1971 war im Zuge der Haushaltsrechtsreform notwendig geworden, um den Zielen einer anti-zyklischen Fiskalpolitik gerecht werden zu können. Nach der davor gültigen Verfassungslage durften Kredite nämlich nur bei außerordentlichem Bedarf und in der Regel nur für Ausgaben zu werbenden Zwecken aufgenommen werden. Dieser objektbezogene Deckungsgrundsatz wurde aufgegeben und durch eine Regelung ersetzt, nach der Kreditaufnahmen unabhängig von der Art der damit finanzierten Ausgaben zur Deckung solcher Ausgaben zulässig sind, die nicht aus dem Steueraufkommen und anderen Einnahmen finanziert werden können. Das bedeutet, dass der die Gesamteinnahmen überschreitende Teil der Gesamtausgaben durch die Aufnahme von Krediten finanziert werden kann.

Nahezu stetiges Anwachsen des Schuldenstandes

Ausgehend von einem Schuldenstand in Höhe von 664 Mill. DM im Jahr 1952 stiegen die Schulden zunächst sehr stark an, sodass eine Verdoppelung bis 1957 verzeichnet wurde. In jenen Jahren hatten die Alt-schulden ein großes Gewicht. Es handelte sich hierbei um die bis zum 20. Juni 1948, dem Tag der Währungsreform, entstandenen Ausgleichsforderungen. Größere Bedeutung hatten auch die Schulden bei öffentlichen Haushalten, die insbesondere Geld für den dringend notwendigen Wohnungsbau bereitstellten.

Den ersten Jahren mit einer hohen Neuverschuldung folgten Jahre mit geringeren Zuwachsraten, in denen zwar die Verbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt zurückgefahren wurden, die übrigen öffentlichen Haushalte jedoch erhebliche zusätzliche Mittel gewährten. Hervorzuheben ist hier besonders der Bund, der für den Bau von Wohnungen weitere Kredite gewährte, wobei die Zuwachsraten zu Beginn der 60er-Jahre immer geringer wurden. In diesen Jahren, nämlich von 1961 bis 1963, konnte das Land seinen Schuldenstand reduzieren, und zwar um insgesamt fast 10% auf

Schulden des Landes 1952-2000 nach Schuldenarten¹⁾

Schuldenart	1952	1960	1970	1980	1990	1999	2000
	1 000 DM						
Kreditmarktschulden	577 630	811 815	2 025 490	8 872 891	20 734 223	35 014 104	35 881 372
Ausgleichsforderungen	534 802	399 456	344 246	266 116	160 814	-	-
Wertpapierschulden	24 070	186 500	751 900	187 914	930 000	9 452 432	9 572 139
Schulden bei							
inländischen Banken und Sparkassen	70	166 368	860 912	7 673 046	15 350 123	24 585 767	25 198 596
sonstigen Stellen	18 688	59 491	68 432	745 815	4 293 286	975 905	1 110 637
Schulden bei öffentlichen Haushalten	86 405	738 100	685 684	770 798	1 219 148	1 161 031	1 130 780
beim Bund und beim Lastenausgleichsfonds	86 405	735 656	684 498	770 612	1 219 041	1 161 018	1 130 780
für Wohnungsbau	-	666 968	649 727	766 358	1 215 516	1 161 004	1 130 767
für sonstige Zwecke	-	68 688	34 771	4 254	3 525	14	13
beim ERP-Sondervermögen	-	2 444	1 186	186	107	13	-
Insgesamt	664 035	1 549 915	2 711 174	9 643 689	21 953 371	36 175 135	37 012 152

1) 1952 Schuldenstand am 31. März 1952; ab 1960 Schuldenstand am 31. Dezember des jeweiligen Jahres.

1 401 Mill. DM im Jahr 1963. Diese Phase des Schuldenabbaus blieb bis jetzt ein einmaliges Ereignis in der Geschichte des Landes.

Das Jahr 1963 markierte gleichzeitig eine Wende in der Schuldenpolitik des Landes. Erfolgte in den davor liegenden Jahren die Neuverschuldung überwiegend bei den öffentlichen Verwaltungen, war also quasi nur eine interne Verschuldung innerhalb des gesamten öffentlichen Bereichs, wandte sich das Land danach vermehrt an den Kreditmarkt, hier vorwiegend an die inländischen Banken und Sparkassen. Im Jahr 1963 hatte der Anteil der Schulden bei öffentlichen Haushalten mit 55% den höchsten Wert erreicht, seither ist er kontinuierlich gesunken und liegt heute bei 3,1%. Die Mittel werden nach wie vor überwiegend vom Bund und vom Lastenausgleichsfonds für den Wohnungsbau bereitgestellt.

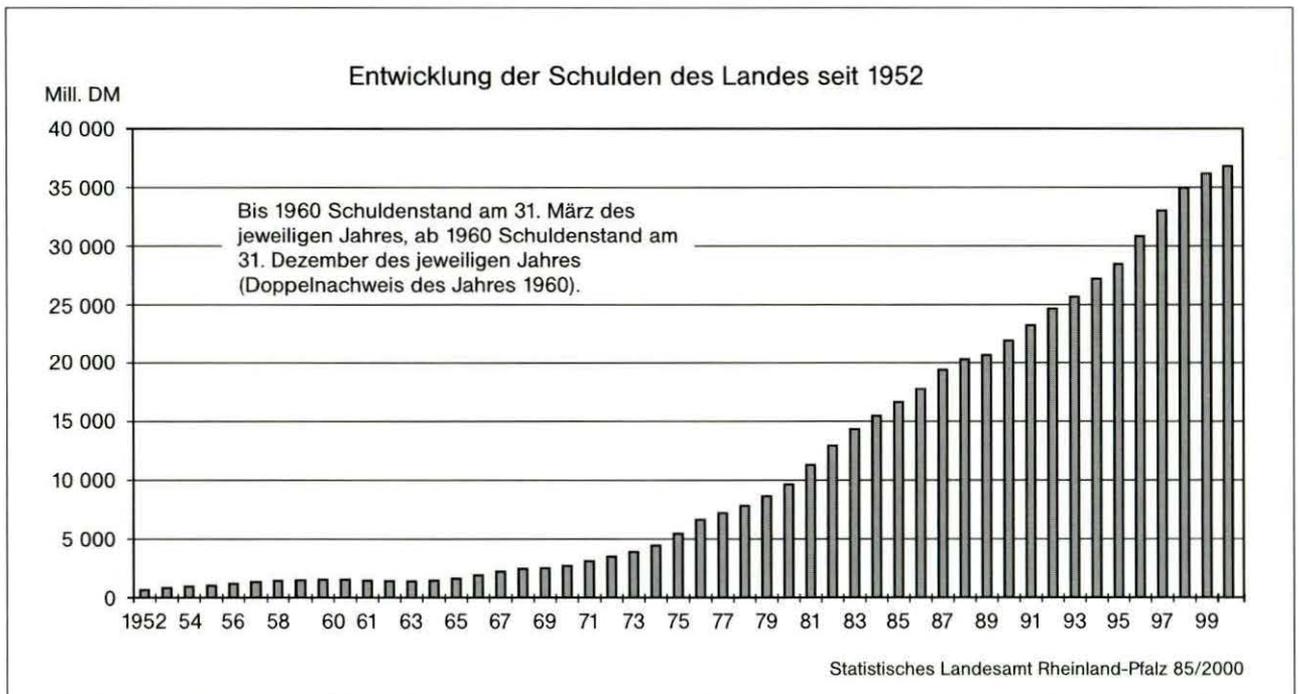
Die Jahre von 1964 bis 1983 waren durch sehr hohe Zuwächse gekennzeichnet, die dazu führten, dass der Schuldenstand sich um mehr als 1 000% auf 14 328 Mill. DM im Jahr 1983 erhöhte. Von 1963 bis 1970 verdoppelte sich der Schuldenstand auf 2 711 Mill. DM. Abermalige Verdoppelungen wurden bis 1975 auf 5 473 Mill. DM und anschließend bis 1981 auf 11 300 Mill. DM registriert. Die hohe Nettokreditaufnahme in diesen Jahren wurde aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Verhältnisse und der Konjunkturprogramme des Bundes, die mit zu finanzieren waren, akzeptiert. Gleichzeitig ist zu beachten, dass die 70er-Jahre in sehr viel stärkerem Maße durch inflationistische Preisauftriebstendenzen gekennzeichnet waren als die beiden vorangegangenen Dekaden.

Seit 1984 konnte die Neuverschuldung spürbar begrenzt werden, sodass die jährlichen Steigerungsraten zum Teil deutlich unter 10% gehalten werden konnten. Dabei ist jedoch keine eindeutige Tendenz erkennbar, die beispielsweise eine kontinuierliche Verringerung der Zuwächse nachweisen würde. Am niedrigsten war

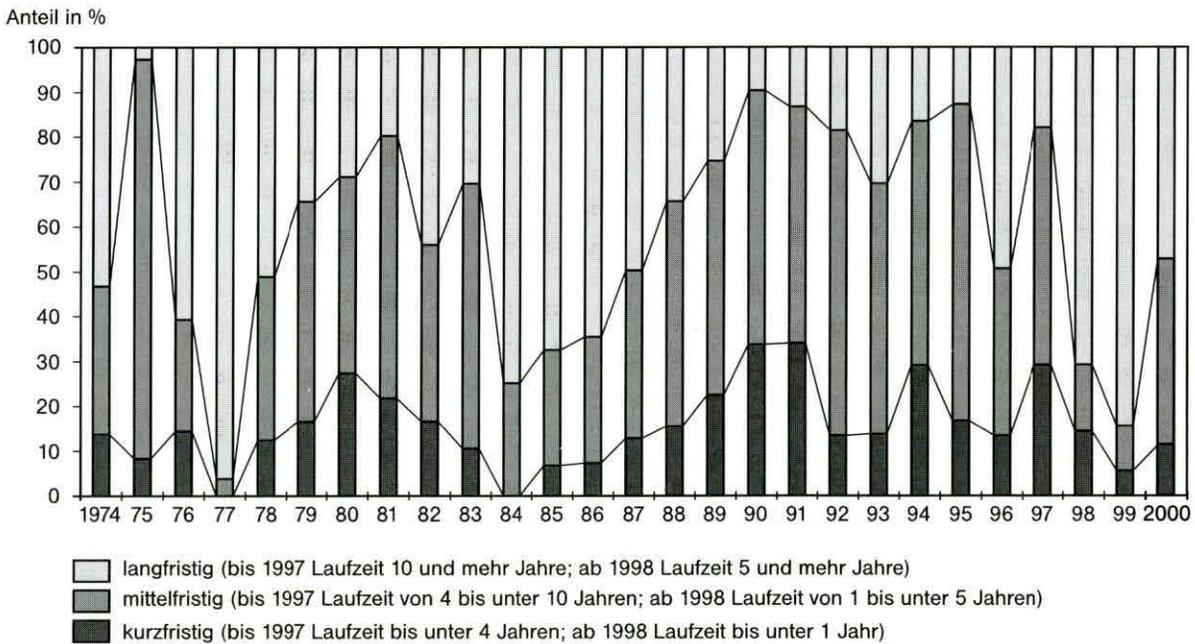
der zusätzliche Kreditbedarf 1989 mit +1,8%, am höchsten 1987 mit +9,3%. Trotz des im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren moderaten Anstiegs des Kreditvolumens verdoppelte sich der Schuldenstand bis 1995 abermals auf 28 470 Mill. DM. Hauptgläubiger des Landes waren nach wie vor inländische Banken und Sparkassen. Die noch nicht getilgten Ausgleichsforderungen – 1994 waren es noch 109 Mill. DM – sind 1995 nach der Auflösung des bei der Deutschen Bundesbank eingerichteten Fonds zum Ankauf von Ausgleichsforderungen erloschen. Seit den 90er-Jahren nahm das Land in größerem Umfang auch Wertpapierschulden in Form von Landesobligationen und -schatzanweisungen auf, die bis zu über einem Viertel der Kreditmarktschulden insgesamt ausmachten.

Das Land hatte Ende 2000 Verbindlichkeiten von 37 012 Mill. DM, das waren 2,3% mehr als Ende 1999. Damit hatte die Verschuldung wie in den Vorjahren zugenommen, wobei die Zuwachsrate die niedrigste seit 1990 war. Auf jeden Einwohner entfielen 9 189 DM Landesschulden.

Durch den Maastricht-Vertrag hat die Beobachtung der Verschuldung eine zusätzliche Bedeutung bekommen. In die Berechnung der Konvergenzkriterien zur Überwachung der Haushaltslage und der Höhe der öffentlichen Schulden in den Mitgliedsländern der Währungsunion fließen auch die von den Bundesländern aufgenommenen Kredite ein. Die internationale Vergleichbarkeit der Daten gewährleistet der gemeinsame konzeptionelle Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG). Danach werden von den Kreditmarktschulden des Landes die Schulden bei der Sozialversicherung abgesetzt, addiert werden die Kassenverstärkungskredite, die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften und, falls die Wertpapierschulden unverzinsliche Schatzanweisungen und Finanzierungsschätze enthalten, die Differenz zwischen dem Nominalwert und dem abgezinsten Wert (in der Schuldenstatistik werden diese



Schuldenaufnahme des Landes 1974-2000 nach der Laufzeit der Schulden



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 86/2000

Wertpapiere mit dem abgezinsten Betrag erfasst, nach dem Maastricht-Vertrag sind dagegen alle Schulden zum Nominalwert nachzuweisen).

Land bevorzugte längere Kreditlaufzeiten

Angesichts des zurzeit niedrigen Zinsniveaus bevorzugte das Land bei der Kreditaufnahme lange Laufzeiten von mindestens 5 Jahren. Im Jahr 2000 nahm das Land insgesamt 4 624 Mill. DM auf, davon entfielen 11,3% auf kurzfristige Schulden mit einer Laufzeit von unter 1 Jahr, 41,5% auf Schulden mit einer Laufzeit von 1 bis unter 5 Jahren und 47,2% auf langfristige Verbindlichkeiten. Gegenüber den beiden Vorjahren ist eine Verlagerung hin zu den mittelfristigen Schulden feststellbar. Ein Vergleich mit den Daten früherer Jahre wird durch die Tatsache gestört, dass 1998 die Einteilung der Kreditlaufzeiten an die Regelungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen angepasst worden ist. Von 1974, dem Jahr der erstmaligen Erhebung der Laufzeiten, bis 1997 wurden als kurzfristige Kredite diejenigen bezeichnet, deren Laufzeit weniger als 4 Jahre betrug, als mittelfristig galten Laufzeiten von 4 bis unter 10 Jahren und als langfristig Laufzeiten ab 10 Jahre.

Über den gesamten Zeitraum betrachtet ist eine gewisse Präferenz für eine mittelfristige Laufzeit feststellbar, obgleich der langfristige Bereich in einigen Jahren eindeutig überwiegt. Der Anteil der kurzfristigen Mittel erreichte 1990 und 1991 mit einem Drittel den höchsten Wert, in den meisten Jahren bewegte er sich zwischen 10% und 20%.

Kassenverstärkungskredite – hierbei handelt es sich um Kredite, die zur Überbrückung kurzfristiger Liquiditätsengpässe dienen – nahm das Land im Jahr 2000 in

Höhe von lediglich 110 000 DM auf, nachdem sie in den Vorjahren nicht notwendig waren. Im Zeitraum von 1970 bis 1976 sowie von 1986 bis 1996 wurden dagegen zum Teil erhebliche Mittel benötigt, am höchsten war der Betrag im Jahr 1995 mit 780 Mill. DM. Von 1977 bis 1985 wurden Kassenverstärkungskredite kaum gebraucht.

Kreditfinanzierungsquote unter 10%

Die Schulden des Landes haben in der Vergangenheit zugenommen, weil die Ausgaben größer waren als die Einnahmen. Wie sich die Ausgaben und Einnahmen des Landes zusammensetzen, wie sie sich im Zeitablauf entwickelten und wie sich daraus eine veränderte Haushaltsstruktur ergab, soll im Folgenden dargestellt werden.

Die Kreditaufnahme hat naturgemäß Auswirkungen auf den Haushalt des Landes. Einerseits verbessert sie die gegenwärtige Einnahmesituation und ermöglicht somit die Finanzierung von Aufgaben, andererseits führt sie zu einer Lastenverschiebung in die Zukunft, weil Ausgaben für Zins und Tilgung in Folgeperioden geleistet werden müssen. Da in der Regel Kredite nur zur Durchführung von Investitionen aufgenommen werden und die dadurch bereitgestellten öffentlichen Einrichtungen und Anlagen auch noch künftigen Generationen zugute kommen, erscheint es gerechtfertigt, sie über die Aufbringung der Mittel für den Schuldendienst an der Finanzierung zu beteiligen. Darüber hinaus führen wachsende Anforderungen an den öffentlichen Sektor nahezu zwangsläufig zu einer zunehmenden Verschuldung. Im Folgenden werden nur die Jahre ab 1979 betrachtet, weil als Folge der Ausgliederung der staatlichen Krankenanstalten die Vergleichbarkeit mit dem davor liegenden Zeitraum doch recht stark eingeschränkt ist.

Im betrachteten Zeitraum waren die Gesamtausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge größer als die Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge, sodass ein Defizit entstand, das durch Schuldenaufnahme gedeckt werden musste. Der negative Finanzierungssaldo bewegte sich zwischen 536 Mill. DM im Jahr 1989 und 2 034 Mill. DM im Jahr 1997. Besonders hoch war er in den Jahren 1994 bis 1998. In der laufenden Rechnung (hier werden die Konsumausgaben, wie beispielsweise die Personalausgaben, der laufende Sachaufwand, die Zinsausgaben usw. dargestellt) konnte das Land in den meisten Jahren einen Überschuss ausweisen, der zur Finanzierung der Kapitalrechnung, in der im Wesentlichen die Investitionen veranschlagt werden, beitrug. Lediglich in den Jahren von 1981 bis 1983 sowie 1997 und 1998 reichten die laufenden Einnahmen nicht zur Deckung der laufenden Ausgaben aus.

Weil der Kreditbedarf zur Schließung der Einnahmelücke in den einzelnen Jahren unterschiedlich groß ist, schwankt die Kreditfinanzierungsquote, ausgedrückt als Anteil der Nettokreditaufnahme an den Gesamtausgaben, mehr oder weniger stark, sodass eine eindeutige Entwicklung nicht erkennbar ist. Das Land finanzierte zum Teil deutlich weniger als 10% seiner Gesamtausgaben durch Kredite. Lediglich in den Jahren 1980 bis 1983 wurde dieser Wert überschritten, als bis zu 12,3% der Gesamtausgaben durch Nettokreditaufnahmen gedeckt wurden. Von 1990 bis 1999 bewegte sich die Quote zwischen 5,8% im Jahr 1992 und 9,6% im Jahr 1997.

Investitionen wurden überwiegend durch Kredite finanziert

Zur Finanzierung der Investitionen stehen dem Land neben Krediten auch die Zuweisungen für Investitionen, insbesondere des Bundes, und die übrigen Einnahmen, vor allem die Steuern, zur Verfügung. In allen Jahren lag die Neuverschuldung unter den Ausgaben für Investitionen, die sich aus der Summe der Sachinvestitionen sowie der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen ergeben. Der Fremdmittelanteil zur Finanzierung der Investitionsausgaben des Landes unterlag in den einzelnen Jahren zwar mehr oder weniger großen Schwankungen, dennoch ist eine zunehmende Quote festzustellen. Im Jahr 1979 wurden 37,5% der Investitionen durch Kredite finanziert, im Jahr 1999 waren es 69,5%. Besonders hoch lag der Wert Anfang der 80er-Jahre und Ende der 90er-Jahre.

Da an bestimmten Investitionsvorhaben mehrere öffentliche Ebenen beteiligt sein können, werden die Finanzierungsanteile in Form von Zuweisungen gewährt. Diese Investitionszuweisungen, die insbesondere vom Bund kommen, deckten über den gesamten Zeitraum etwa ein Viertel bis ein Drittel der Investitionen des Landes. Sie waren am höchsten in der Zeit von 1979 bis 1985 sowie von 1989 bis 1992, als sie zwischen 34,4% und 30% der Investitionen des Landes finanzierten. Seit 1993 liegt die Quote bei knapp über einem Viertel. Diese Zuweisungen sind zweckgebundene Mittel für im Zeitablauf unterschiedliche Förderprogramme, in den letzten Jahren vor allem für den Straßenbau, für die Städtebauförderung und für die Hochschulen.

Ausgaben des Landes 1979-1999 nach Ausgabearten

Jahr	Gesamtausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge	Laufende Rechnung				Kapitalrechnung		
		zusammen	darunter			zusammen	darunter	
			Personalausgaben	Zinsausgaben	laufende Zuweisungen und Zuschüsse		Sachinvestitionen	Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen
1 000 DM								
1979	10 264 621	8 254 367	4 203 060	533 688	2 438 601	2 010 254	530 219	1 238 437
1980	11 077 869	8 933 418	4 536 236	594 837	2 965 422	2 144 451	574 187	1 334 832
1981	11 676 758	9 566 629	4 805 118	706 902	3 163 846	2 110 129	531 509	1 322 955
1982	11 985 238	9 996 958	4 962 050	892 617	3 204 950	1 988 280	538 317	1 189 066
1983	12 206 392	10 296 070	5 121 970	1 024 724	3 216 366	1 910 322	526 896	1 094 593
1984	12 448 973	10 481 009	5 184 573	1 138 463	3 159 048	1 967 964	531 715	1 080 158
1985	12 921 776	10 863 387	5 340 818	1 235 332	3 241 715	2 058 389	608 339	986 114
1986	13 597 145	11 278 801	5 566 748	1 279 922	3 403 760	2 318 344	640 903	1 104 875
1987	14 117 238	11 790 262	5 764 321	1 322 262	3 654 522	2 326 976	619 112	1 133 491
1988	14 496 807	12 068 723	5 912 122	1 363 676	3 750 890	2 428 084	705 916	1 147 140
1989	15 280 235	12 625 792	6 068 609	1 393 224	4 053 859	2 654 443	829 030	1 303 338
1990	16 312 054	13 438 505	6 412 276	1 447 304	4 225 067	2 873 549	843 077	1 384 591
1991	17 475 661	14 405 344	6 884 786	1 543 899	4 654 895	3 070 317	823 707	1 569 804
1992	18 496 414	15 386 813	7 393 948	1 656 274	4 968 638	3 109 601	781 779	1 676 648
1993	19 216 404	16 129 932	7 712 173	1 695 401	5 310 857	3 086 472	701 690	1 632 384
1994	19 565 012	16 679 563	7 901 792	1 746 015	5 559 912	2 885 449	667 426	1 497 282
1995	20 291 577	17 311 362	8 238 046	1 699 589	5 820 564	2 980 215	711 359	1 562 091
1996	21 542 703	18 299 899	8 460 123	1 796 523	6 384 431	3 242 804	812 274	1 767 676
1997	21 276 395	18 304 346	8 552 001	1 877 242	6 220 683	2 972 049	835 694	1 584 548
1998	21 448 670	18 620 329	8 530 720	1 939 580	6 501 665	2 828 341	671 914	1 656 459
1999	21 694 095	19 005 524	8 790 418	2 011 441	6 472 785	2 688 571	690 265	1 567 501

Rückläufige Investitionsausgabenquote

Neben den Investitionen in eigene Projekte des Landes, den so genannten Sachinvestitionen, die im langfristigen Durchschnitt knapp ein Drittel der gesamten Investitionen ausmachen, beteiligt sich das Land durch Zuweisungen und Zuschüsse an Investitionsvorhaben anderer, insbesondere der Gemeinden. Die Investitionsausgaben des Landes beliefen sich 1999 auf 2 258 Mill. DM, davon waren 30,6% für Sachinvestitionen, vor allem für Baumaßnahmen, vorgesehen. Gegenüber 1979, als 1 769 Mill. DM investiert wurden, bedeutet das zwar eine Steigerung um 27,7%, gemessen an den Gesamtausgaben entwickelten sich die Investitionen jedoch rückläufig. Damals wurden 17,2% der Gesamtausgaben investiert, 1999 waren es 10,4%. Ebenfalls deutlich war der Rückgang der Sachinvestitionsquote von 5,2% auf 3,2%. Die Sachinvestitionen konzentrierten sich vor allem auf den Straßenbau und die Hochschulen, wobei im Zeitablauf verstärkt zu Gunsten des Hochschulbereichs investiert worden ist. Etwa 60% der Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen flossen an die Gemeinden, insbesondere für den Straßenbau, für die Wasserwirtschaft und die Verbesserung der Infrastruktur, für Schulen und Städtebau. Die übrigen 40% gingen an private und öffentliche Unternehmen sowie sonstige Stellen.

Die Entwicklung der Investitionsausgaben verläuft im Zeitablauf naturgemäß nicht kontinuierlich. Entsprechend den zu realisierenden Projekten ergeben sich Phasen mit einem sehr starken Anstieg, so in den Jahren 1980, 1989 und zuletzt 1996, aber auch mit einem

Rückgang, wie in den Jahren 1981 bis 1985, 1993 und 1994 sowie 1997 bis 1999. In den Jahren mit hohen Investitionszuwächsen wurde bis auf eine Ausnahme, nämlich 1989, auch die Neuverschuldung mehr oder weniger kräftig erhöht, während in den Jahren mit einem Investitionsrückgang meistens auch die Neuverschuldung geringer gehalten werden konnte.

Während der Haushalt des Landes durch das unterproportionale Wachstum der Investitionen relativ entlastet wurde, stieg die Belastung durch den Schuldendienst als Folge der zunehmenden Verschuldung. Für Zinsen gab das Land im Jahr 1979 noch 534 Mill. DM aus, 2 011 Mill. DM waren es 1999. Die Zinsen beanspruchten 1979 nur 5,2% der Gesamtausgaben, 1999 waren es dagegen 9,3%. Nur in den Jahren 1985 bis 1988 lag die Zinsausgabenquote als Folge des damals sehr hohen Zinsniveaus noch etwas darüber.

Neben den Zinsen gewinnen die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse im Landeshaushalt ein immer größeres Gewicht. Für laufende Zuweisungen und Zuschüsse gab das Land 1999 insgesamt 6 473 Mill. DM aus, 1979 waren es erst 2 439 Mill. DM. Das führte zu einem Anstieg des Anteils an den Gesamtausgaben von 23,8% auf 29,8%. Hierbei handelt es sich in erster Linie um die Finanzzuweisungen an die Gemeinden, die sich 1999 auf 3 433 Mill. DM beliefen und sich damit seit 1979 mehr als verdreifacht haben, sowie um Sozialhilfeleistungen und Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen. Sie sind seit 1979 auf 1 583 Mill. DM gestiegen und haben sich fast verdoppelt. Beträchtlich zugenommen haben auch die Zuschüsse für laufende

Einnahmen des Landes 1979-1999 nach Einnahmearten

Jahr	Gesamteinnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge	Laufende Rechnung				Kapitalrechnung			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Steuern und steuerähnliche Abgaben	Gebühren, Verwaltungs-einnahmen, Mieten	laufende Zuweisungen und Zuschüsse		Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	Darlehensrückflüsse	Veräußerung von Beteiligungen
1 000 DM									
1979	9 604 869	8 847 255	6 470 440	483 976	1 850 269	757 614	608 992	92 697	-
1980	9 968 968	9 247 011	6 834 584	537 871	1 825 176	721 957	574 690	90 921	-
1981	10 101 956	9 350 205	6 777 396	572 467	1 950 283	751 751	576 628	92 705	-
1982	10 496 127	9 662 486	7 112 514	571 073	1 930 049	833 641	542 281	204 100	2 416
1983	10 844 488	10 107 186	7 456 628	591 985	1 997 299	737 302	526 769	126 522	-
1984	11 309 858	10 543 284	7 863 063	610 107	2 003 742	766 574	542 978	129 184	-
1985	11 822 744	11 101 037	8 255 873	624 817	2 158 218	721 707	495 453	127 126	-
1986	12 242 098	11 599 914	8 446 931	650 175	2 459 910	642 184	431 877	101 829	-
1987	12 726 910	12 128 098	9 054 581	656 307	2 380 539	598 812	412 150	101 233	-
1988	13 561 351	12 932 357	9 650 744	675 839	2 570 482	628 994	437 162	112 783	4 600
1989	14 743 895	13 894 508	10 394 430	725 094	2 744 063	849 387	647 953	119 657	-
1990	14 930 374	13 964 652	10 217 191	783 909	2 933 351	965 722	669 331	110 937	95 174
1991	16 059 036	15 055 785	10 993 268	786 688	3 240 006	1 003 251	804 430	136 693	5 881
1992	17 412 337	16 421 198	11 811 325	828 203	3 743 701	991 139	809 391	125 624	-
1993	17 979 630	17 111 608	12 211 925	860 500	3 982 626	868 022	638 693	180 371	3
1994	17 945 978	17 137 355	12 148 677	948 870	3 985 660	808 623	585 739	167 035	642
1995	18 632 492	17 711 489	13 007 907	998 133	3 655 459	921 003	637 815	223 046	240
1996	19 543 572	18 463 547	13 263 343	935 268	4 209 393	1 080 025	634 816	193 514	202 002
1997	19 242 240	18 173 557	12 984 708	936 151	4 198 162	1 068 683	614 727	209 475	183 884
1998	19 534 971	18 458 714	13 533 508	976 301	3 887 569	1 076 257	616 365	262 823	144 684
1999	20 407 750	19 556 461	14 424 038	972 573	4 103 949	851 289	540 905	273 290	43

Zwecke an öffentliche Unternehmen, die sich von 92 Mill. DM im Jahr 1979 auf 927 Mill. DM im Jahr 1999 erhöhten. Ebenfalls erheblich ausgeweitet wurden die sonstigen Zuschüsse für laufende Zwecke an Körperschaften, Verbände, Vereine und ähnliche Institutionen, die Aufgaben erfüllen, die denen des Staates entsprechen, und die deshalb im Wesentlichen aus Zuschüssen des öffentlichen Bereichs finanziert werden, wie z. B. die Industrie- und Handelskammern. Diese Zuschüsse stiegen von 68 Mill. DM im Jahr 1979 auf 268 Mill. DM im Jahr 1999.

Den größten Ausgabeposten bilden nach wie vor die Personalausgaben. Da sie aber nicht so stark gestiegen sind wie die Ausgaben insgesamt, führten sie nicht zu einer zusätzlichen Belastung für den Gesamthaushalt. Gemessen an den Gesamtausgaben haben sie einen in den einzelnen Jahren schwankenden Anteil an den Gesamtausgaben zwischen 39,3% in den Jahren 1990 und 1996 sowie 42% im Jahr 1983. Bei einem längerfristigen Vergleich ist erkennbar, dass die Personalausgabenquote in den 80er-Jahren bei durchschnittlich 41% lag und in den 90er-Jahren auf durchschnittlich 40% gesunken ist, was den Erfolg der Bemühungen zur Begrenzung der Personalausgaben bestätigt. Werden nur die laufenden Ausgaben als Vergleichsmaßstab gewählt, zeigt sich, dass die Personalausgaben sogar noch deutlicher an Gewicht verlieren, weil die oben beschriebenen laufenden Zuweisungen und Zuschüsse sowie die Zinsen überproportional stark anwachsen. Auch der laufende Sachaufwand stagniert, denn er bindet über den gesamten Zeitraum betrachtet bei relativ geringen Schwankungen etwas weniger als 7% der Gesamtausgaben.

Steuern prägen Einnahmenseite des Landeshaushalts

Auf der Einnahmenseite dominieren die Steuern, die langfristig knapp 69% zu den gesamten Einnahmen bei-

tragen. Die Quote bewegte sich zwischen 67,1% im Jahr 1981 und 71,2% im Jahr 1988. Relativ gesehen hat die Bedeutung der Steuern als Finanzierungsquelle für das Land abgenommen, denn die Quote lag in den 90er-Jahren knapp einen Prozentpunkt unter dem Wert in den 80er-Jahren. Über den gesamten Zeitraum hinweg haben sich die Steuern nicht kontinuierlich entwickelt. Jahren mit starken Zuwächsen, wie 1987, 1989, 1991, 1992 und 1995, in denen die Steuereinnahmen jeweils um mehr als 7% stiegen, stehen Jahre mit einem Rückgang um bis zu 2,1% wie 1981, 1990, 1994 und 1997 gegenüber.

Die zweitwichtigste Einnahmekomponente bilden die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse, die hauptsächlich vom Bund gewährt wurden. Sie umfassten 20% der gesamten Einnahmen. Sie flossen in den 90er-Jahren reichlicher als in den 80er-Jahren, sodass sich ihr Anteil von 18,7% auf 20,9% erhöhte. Die Gebühreneinnahmen, die sonstigen Verwaltungseinnahmen, die Erstattungen sowie die Mieten und Pachten stellten 5% der gesamten Einnahmen, wobei die jährlichen Schwankungen sehr gering waren.

Die Einnahmen der Kapitalrechnung – hierbei handelt es sich vor allem um die Investitionszuweisungen des Bundes und die Darlehensrückflüsse – trugen langfristig 5,7% zu den gesamten Einnahmen bei. Auch hier ging der Anteil in den 90er-Jahren auf 5,3% zurück, nachdem er in der vorhergegangenen Dekade noch bei 6,2% lag. Die Veräußerung von Beteiligungen führte von 1996 bis 1998 zu nennenswerten Mehreinnahmen für den Landeshaushalt in Höhe von insgesamt 531 Mill. DM, während in der Zeit von 1979 bis 1995 lediglich 109 Mill. DM verfügbar waren. 1999 beliefen sich diese Einnahmen auf lediglich 43 000 DM.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Pflegeeinrichtungen und Pflegebedürftige 1999

Im Jahr 1999 wurde die Statistik über die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen sowie die Pflegegeldempfänger eingeführt. Nachdem die Bundesregierung im Oktober 1999 die entsprechende Pflegestatistik-Verordnung erlassen hatte, konnte die Erhebung erstmals zum Stichtag 15. Dezember 1999 durchgeführt werden. Die Statistik ist als Bestandserhebung im zweijährigen Erhebungsturnus vorgesehen. Auskunftspflichtig sind die Träger der Pflegedienste und Pflegeheime bzw. die zugelassenen ambulanten Pflegeeinrichtungen sowie die teilstationären und vollstationären Pflegeeinrichtungen, mit denen ein Versorgungsvertrag nach dem Elften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) besteht oder die Bestandsschutz genießen und danach als zugelassen gelten.

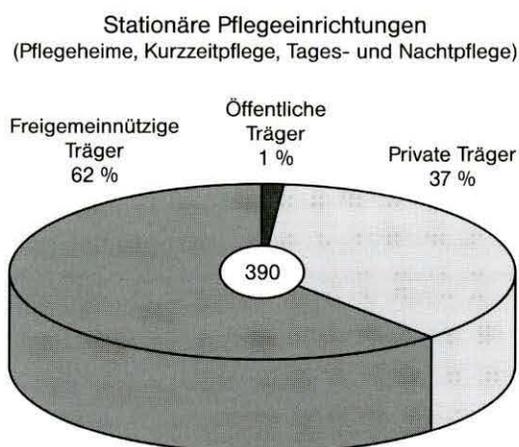
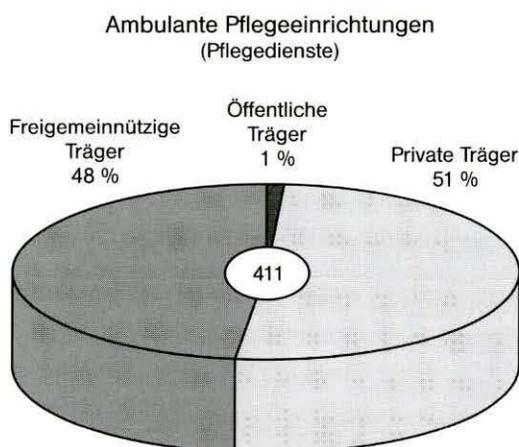
Damit liegen nach der stufenweisen Einführung der Pflegeversicherung in den Jahren 1995 und 1996 zum ersten Mal Daten vor, die Informationen über die Art der ambulanten Pflegedienste und deren Trägerschaft sowie über die im Pflegedienst tätigen Personen nach Geschlecht, Beschäftigungsverhältnis, Tätigkeitsbereich (einschließlich Beschäftigungsumfang) und Berufsabschluss geben. Über die von den Pflegediensten betreuten Pflegebedürftigen stehen Angaben nach Geschlecht, Geburtsjahr und Grad der Pflegebedürftigkeit (Pflegestufen) zur Verfügung. Bei den stationären Pflegeeinrichtungen werden darüber hinaus Informationen über die Art des Pflegeheimes, die Zahl der verfügbaren Pflegeplätze, die Art der in Anspruch genommenen Pflegeleistungen und das an die Pflegeeinrichtung zu zahlende Entgelt erfragt. Die Statistik liefert zudem Ergebnisse über den Personenkreis, der in häuslicher Pflege lebt und der an Stelle der Sachleistung Pflegegeld in Anspruch genommen hat.

So weit eine Pflegeeinrichtung neben der vollstationären Dauerpflege auch Kurzzeitpflege und/oder Tages- bzw. Nachtpflege anbietet, werden die gesamten Angaben zusammen bei der stationären Einrichtung gemeldet. Erbringt hingegen eine teil- oder vollstationäre Pflegeeinrichtung noch ambulante Pflegeleistungen nach SGB XI, wird sie in der Statistik als stationäre Einrichtung und als Pflegedienst mit jeweils gesondertem Nachweis erfasst.

Pflegebedürftige im Sinne der Statistik sind Personen, die von den stationären Pflegeeinrichtungen und den ambulanten Pflegediensten betreut werden und die somit Sachleistungen oder kombinierte Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI) erhalten. Solche Leistungen erhält ein Betroffener nur auf Antrag. Der Antrag ist von dem Pflegebedürftigen, seinem Bevollmächtigten oder seinem gesetzlichen Vertreter an die Pflegekasse zu richten, bei der der Pflegebedürftige versichert ist. Pflegebedürftige mit der so genannten Pflegestufe „0“, die keine Leistungen von der Pflegeversicherung, jedoch vom Sozialamt „Hilfe zur Pflege“ erhalten, werden nicht erfasst. Ebenso sind Pflegebedürftige, die Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz, aus der Kranken- und Unfallversicherung beziehen oder Selbstzahler sind, nicht Gegenstand der Statistik.

Die Angaben zu den Beschäftigten der ambulanten Pflegedienste und stationären Pflegeeinrichtungen weisen ebenfalls nur das nach dem Pflege-Versicherungsgesetz eingesetzte Personal aus. Nicht einbezogen sind demzufolge Beschäftigte oder Pflegekräfte, die ausschließlich Krankenhilfe leisten oder Personen der Pflegestufe „0“ betreuen.

Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz am 15. Dezember 1999
nach Art des Trägers



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Als „verfügbare Plätze“ zählen alle Plätze, die vom Pflegeheim oder anderen stationären bzw. teilstationären Pflegeeinrichtungen gemäß Versorgungsvertrag angeboten werden.

Mehr als 800 Pflegeeinrichtungen

Am 15. Dezember 1999 gab es in Rheinland-Pfalz 801 Pflegeeinrichtungen, davon 411 ambulante Pflegedienste und 390 stationäre Einrichtungen (Pflegeheime, Kurzzeitpflege- und teilstationäre Einrichtungen), die einen gültigen Versorgungsvertrag mit den Pflegekassen geschlossen hatten. Mehr als die Hälfte der ambulanten Dienste waren in privater, knapp 48% in freigemeinnütziger Trägerschaft und lediglich fünf (gut 1%) ambulante Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft. Etwas anders sieht es bei den stationären Einrichtungen aus. Hier waren die freigemeinnützigen Träger die größte Anbietergruppe mit fast 62%, während die privaten Träger gut 37% der Einrichtungen unterhielten. Die öffentlichen Träger hatten mit gut 1% auch bei den Pflegeeinrichtungen einen eher unbedeutenden Anteil.

Fast 30 000 Beschäftigte

Die 411 ambulanten Pflegedienste führten mit 7 928 Beschäftigten die häusliche Pflege für 17 578 pflegebedürftige Personen durch. Von diesen Beschäftigten waren 32,2% (2 554 Personen) vollzeitbeschäftigt und 62,9% (4 985 Personen) teilzeitbeschäftigt. Die restlichen 4,9% machten Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und Zivildienstleistende aus.

In den 390 vollstationären Pflegeheimen, Kurzzeitpflege- und teilstationären Einrichtungen wurden 25 328 Pflegebedürftige von 21 698 Beschäftigten betreut. Von den hier Beschäftigten waren 41,9% (9 090) Vollzeitbeschäftigte und 45,8% (9 944) Teilzeitbeschäftigte. Übrige – wie Praktikanten, Schüler, Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr und Zivildienstleistende – machten einen Anteil von 12,3% aus.

Von den insgesamt 29 626 Beschäftigten (ambulant und stationär) war der überwiegende Teil (86,1%) weiblichen Geschlechts. Dabei lag der Frauenanteil in ambulanten Pflegediensten mit 86,9% etwas höher als in stationären Einrichtungen (85,7%).

Beschäftigte nur zum Teil nach SGB XI tätig

Da die so genannten Pflege-Mischeinrichtungen nicht nur Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI), sondern auch Leistungen aufgrund anderer Rechtsgrundlagen anbieten, ist das Personal in diesen Einrichtungen nur anteilmäßig nach SGB XI eingesetzt.

So waren lediglich 19,6% des Personals im ambulanten Bereich mit einem hundertprozentigen Beschäftigungsumfang in der Pflege tätig und erbrachten somit ausschließlich Leistungen nach dem Pflege-Versicherungsgesetz (SGB XI). 17,2% erbrachten zu 75 bis 100%,

30,7% zwischen 50 und 75% ihrer Beschäftigung Leistungen in der Pflege. Fast ein Drittel arbeitete nur mit einem geringfügigen Beschäftigungsanteil (unter 50%) nach dem Pflege-Versicherungsgesetz.

In den stationären Einrichtungen waren 55,9% des Personals ausschließlich im Rahmen des Pflege-Versicherungsgesetzes eingesetzt. Gut ein Fünftel war zu 75 bis 100%, ein Zwölftel zu 50 bis 75% tätig. Fast ein Sechstel des eingesetzten Personals lag unter 50% Beschäftigungsumfang und erbrachte damit überwiegend Leistungen aufgrund anderer gesetzlicher Regelungen.

Zwei Drittel aller Beschäftigten in Pflege und Betreuung tätig

Das Hauptanliegen der sozialen Pflegeversicherung kommt unter anderem im Tätigkeitsbereich des in den ambulanten Pflegediensten und stationären Pflegeeinrichtungen eingesetzten Personals zum Ausdruck. Danach waren zwei Drittel der Beschäftigten in der Pflege und Betreuung tätig. Eine Leitungs- bzw. Geschäftsführungs- und Verwaltungstätigkeit übten 5,4% aus. Eine ambulante hauswirtschaftliche Versorgung sowie eine Tätigkeit im Hauswirtschaftsbereich (einschließlich haustechnischen Bereich) in den stationären Einrichtungen führte rund ein Viertel des Personals durch. 2,8% der Beschäftigten waren in sonstigen Bereichen tätig.

50% der Beschäftigten mit Berufsabschluss in pflegerischen Berufen

Das in den Pflegeeinrichtungen eingesetzte Personal hatte zu knapp 50% eine Ausbildung in einem pflegerischen Beruf. In den ambulanten Diensten hatten 65,9% der Beschäftigten und in den stationären Einrichtungen 42,3% der Beschäftigten einen Berufsabschluss in der Pflege. 22% des Personals in ambulanten Diensten und 27,6% des Personals in stationären Einrichtungen verfügte über einen nicht pflegerischen Berufsabschluss. Ohne Berufsabschluss oder in Ausbildung waren in ambulanten Diensten 12,1% und in stationären Einrichtungen 30,1% der Beschäftigten.

Mehr als drei Viertel weibliche Pflegebedürftige

Im Rahmen des Pflege-Versicherungsgesetzes wurden von den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz insgesamt 42 906 Pflegebedürftige betreut und versorgt. Das waren 1,1% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung.

Mehr als zwei Drittel aller zu betreuenden Pflegebedürftigen (29 040) waren 80 Jahre oder älter. Damit wurden 196 Personen, bezogen auf 1 000 Einwohner in dieser Altersgruppe, in Pflegeeinrichtungen oder von Pflegediensten versorgt. Allein von den 25 550 über 90-Jährigen wurden über 41% pflegerisch betreut.

Mehr als drei Viertel (76,3%) aller betreuten Pflegebedürftigen waren weiblichen Geschlechts. Damit erhielten von 1 000 Einwohnern 16 Frauen, aber nur

**Beschäftigte in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen am 15. Dezember 1999
nach überwiegendem Tätigkeitsbereich, Geschlecht und Beschäftigungsverhältnis**

Überwiegender Tätigkeitsbereich	Insgesamt	Davon			Männer			Frauen		
		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte	übrige ¹⁾	zusammen	darunter		zusammen	darunter	
						Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte		Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Insgesamt										
Pflegedienstleitung	449	393	56	-	97	94	3	352	299	53
Grundpflege	4 525	1 642	2 808	75	409	249	136	4 116	1 393	2 672
Hauswirtschaftliche Versorgung	2 021	241	1 634	146	199	31	45	1 822	210	1 589
Pflege und Betreuung	14 226	6 391	5 688	2 147	1 591	829	301	12 635	5 562	5 387
Soziale Betreuung	491	151	254	86	130	36	22	361	115	232
Hauswirtschaftsbereich	4 860	1 538	3 162	160	353	242	68	4 507	1 296	3 094
Haustechnischer Bereich	637	358	121	158	595	334	104	42	24	17
Verwaltung, Geschäftsführung	1 590	741	796	53	387	273	90	1 203	468	706
Sonstiger Bereich	827	189	410	228	371	68	104	456	121	306
Insgesamt	29 626	11 644	14 929	3 053	4 132	2 156	873	25 494	9 488	14 056
Ambulante Pflegedienste										
Pflegedienstleitung	449	393	56	-	97	94	3	352	299	53
Grundpflege	4 525	1 642	2 808	75	409	249	136	4 116	1 393	2 672
Hauswirtschaftliche Versorgung	2 021	241	1 634	146	199	31	45	1 822	210	1 589
Verwaltung, Geschäftsführung	400	149	246	5	83	50	28	317	99	218
Sonstiger Bereich	533	129	241	163	250	45	56	283	84	185
Zusammen	7 928	2 554	4 985	389	1 038	469	268	6 890	2 085	4 717
Stationäre Pflegeeinrichtungen										
Pflege und Betreuung	14 226	6 391	5 688	2 147	1 591	829	301	12 635	5 562	5 387
Soziale Betreuung	491	151	254	86	130	36	22	361	115	232
Hauswirtschaftsbereich	4 860	1 538	3 162	160	353	242	68	4 507	1 296	3 094
Haustechnischer Bereich	637	358	121	158	595	334	104	42	24	17
Verwaltung, Geschäftsführung	1 190	592	550	48	304	223	62	886	369	488
Sonstiger Bereich	294	60	169	65	121	23	48	173	37	121
Zusammen	21 698	9 090	9 944	2 664	3 094	1 687	605	18 604	7 403	9 339

1) Praktikanten, Schüler und Auszubildende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr, Zivildienstleistende.

**Betreute Pflegebedürftige in ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen am 15. Dezember 1999
sowie Pflegegeldempfänger am 31. Dezember 1999 nach Alter, Geschlecht und Pflegestufe**

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins- gesamt ¹⁾	Ambulante Pflegedienste				Stationäre Pflegeeinrichtungen				Pflegegeldempfänger ²⁾			
		zusam- men	Pflegestufe			zusam- men ¹⁾	Pflegestufe			zusam- men	Pflegestufe		
			I	II	III		I	II	III		I	II	III
Insgesamt													
unter 15	3 644	75	31	18	26	3	-	1	-	3 566	1 643	1 340	583
15 - 60	9 656	876	243	321	312	516	135	161	195	8 264	3 497	3 545	1 222
60 - 65	3 680	467	179	182	106	610	216	223	129	2 603	1 358	1 031	214
65 - 70	5 071	814	277	381	156	964	338	347	183	3 293	1 754	1 300	239
70 - 75	8 104	1 615	619	714	282	1 582	545	594	321	4 907	2 694	1 847	366
75 - 80	13 184	2 895	1 270	1 187	438	3 449	1 090	1 496	706	6 840	3 948	2 362	530
80 - 85	13 059	3 025	1 366	1 235	424	4 146	1 289	1 775	877	5 888	3 483	2 029	376
85 - 90	20 039	4 345	2 003	1 859	483	7 000	2 187	3 104	1 407	8 694	4 867	3 142	685
90 - 95	12 307	2 673	1 137	1 196	340	5 214	1 522	2 350	1 190	4 420	2 079	1 896	445
95 und älter	3 596	793	270	403	120	1 844	400	842	570	959	362	446	151
Insgesamt	92 340	17 578	7 395	7 496	2 687	25 328	7 722	10 893	5 578	49 434	25 685	18 938	4 811
Männer													
unter 15	2 059	40	16	9	15	3	-	1	-	2 016	953	739	324
15 - 60	5 202	422	107	163	152	296	76	92	111	4 484	1 864	1 942	678
60 - 65	1 958	213	75	83	55	325	121	114	68	1 420	722	571	127
65 - 70	2 682	364	103	174	87	477	175	167	82	1 841	935	762	144
70 - 75	3 562	696	227	325	144	567	206	221	95	2 299	1 177	939	183
75 - 80	4 048	944	321	427	196	702	221	313	134	2 402	1 247	959	196
80 - 85	3 196	909	328	423	158	707	232	312	129	1 580	852	632	96
85 - 90	3 772	1 089	446	508	135	948	325	420	156	1 735	987	636	112
90 - 95	1 900	552	252	246	54	617	183	309	97	731	374	295	62
95 und älter	463	145	66	59	20	164	48	66	41	154	66	63	25
Zusammen	28 842	5 374	1 941	2 417	1 016	4 806	1 587	2 015	913	18 662	9 177	7 538	1 947
Frauen													
unter 15	1 585	35	15	9	11	-	-	-	-	1 550	690	601	259
15 - 60	4 454	454	136	158	160	220	59	69	84	3 780	1 633	1 603	544
60 - 65	1 722	254	104	99	51	285	95	109	61	1 183	636	460	87
65 - 70	2 389	450	174	207	69	487	163	180	101	1 452	819	538	95
70 - 75	4 542	919	392	389	138	1 015	339	373	226	2 608	1 517	908	183
75 - 80	9 136	1 951	949	760	242	2 747	869	1 183	572	4 438	2 701	1 403	334
80 - 85	9 863	2 116	1 038	812	266	3 439	1 057	1 463	748	4 308	2 631	1 397	280
85 - 90	16 267	3 256	1 557	1 351	348	6 052	1 862	2 684	1 251	6 959	3 880	2 506	573
90 - 95	10 407	2 121	885	950	286	4 597	1 339	2 041	1 093	3 689	1 705	1 601	383
95 und älter	3 133	648	204	344	100	1 680	352	776	529	805	296	383	126
Zusammen	63 498	12 204	5 454	5 079	1 671	20 522	6 135	8 878	4 665	30 772	16 508	11 400	2 864

1) Einschließlich der Pflegebedürftigen, die noch keiner Pflegestufe zugeordnet sind. - 2) Ohne Empfänger/Empfängerinnen von Geld- und Sachleistungen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.

fünf Männer eine Betreuung bzw. Sachleistung oder kombinierte Leistungen durch die Pflegedienste oder die stationären Einrichtungen. Bei der Altersgruppe der 85-jährigen und älteren Einwohner ergab die Berechnung 299 weibliche und 172 männliche Pflegebedürftige bezogen auf 1 000 Einwohner dieser Altersgruppe.

Verteilt auf die drei Pflegestufen waren von den 17 578 ambulant Betreuten jeweils knapp 43% der Pflegestufe I (erheblich pflegebedürftig) bzw. der Pflegestufe II (schwer pflegebedürftig) zugeordnet, während 2 687 Personen (15,3%) der Pflegestufe III (schwerstpflegebedürftig) angehörten.

Von den in stationären Einrichtungen versorgten 25 328 Pflegebedürftigen nahmen 7 722 Personen (30,5%) die Versorgung in der Pflegestufe I in Anspruch; 10 893 Pflegebedürftige (43%) waren in der Pflegestufe II und 5 578 Personen (22%) in der Pflegestufe III eingestuft. 1 135 Pflegebedürftige (4,5%) waren bisher noch keiner Pflegestufe zugeordnet.

Für alle ambulant und stationär versorgten Pflegebedürftigen kann zusammenfassend festgestellt werden, dass mit 42,9% der überwiegende Anteil der Betroffenen in der Pflegestufe II eingestuft war. In der Pflegestufe I wurden 35,2% und in der Pflegestufe III 19,3% registriert. 2,6% hatten noch keine Zuordnung zu einer Pflegestufe erfahren.

Pflegegeldleistungen anstelle von Sachleistungen

49 434 Pflegebedürftige nahmen anstelle der Sachleistung (ambulante Pflege oder teilstationäre Tages- und Nachtpflege) ausschließlich Pflegegeld in Anspruch. Diese Pflegebedürftigen konnten mit dem erhaltenen Pflegegeld in Höhe von 400 DM (Pflegestufe I), 800 DM (Pflegestufe II) bzw. 1 300 DM (Pflegestufe III) die erforderliche Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung in geeigneter Weise selbst sicherstellen. 62,2% waren davon Frauen. Der Pflegestufe I gehörten über die Hälfte der Pflegebedürftigen, nämlich 25 685 Personen (52%), an. Der Pflegestufe II waren 18 938 (38,3%) und der Pflegestufe III 4 811 Leistungsempfänger (9,7%) zugeordnet.

Für eine Kombination von Sach- und Geldleistung entschieden sich 9 055 Pflegebedürftige, darunter mehr als zwei Drittel Frauen. Sie nahmen die Sachleistung der ambulanten Pflege bzw. die teilstationäre Tages- und Nachtpflege nur teilweise in Anspruch und erhielten daher gleichzeitig ein entsprechend gemindertes Pflegegeld. Durch das Wahlrecht war dieser Personenkreis in der Lage, die Hilfe seinen individuellen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten. Hier gehörten 47,1% der Pflegestufe II, fast ein Drittel der Pflegestufe I und 20,3% der Pflegestufe III an.

Verwaltungsfachwirt Gerhard Hehl

Vermarktung im Weinbau 1999

Knapp die Hälfte des Produktionswertes der Landwirtschaft entfällt in Rheinland-Pfalz auf die Erzeugung von Weinmost und Wein. Diese Zahl unterstreicht eindrucksvoll die Bedeutung des Weinbaus für die rheinland-pfälzische Landwirtschaft. Dementsprechend wird auch den Ergebnissen der Weinstatistiken besondere Beachtung beigemessen. Während das Produktionspotenzial und die Erzeugung jährlich statistisch erfasst werden, erfolgen detaillierte Untersuchungen über die Struktur der Weinbaubetriebe nur alle zehn Jahre im Rahmen einer Weinbauerhebung. Sie ist damit eine wichtige Informationsquelle zur Beobachtung und Beurteilung der Veränderungen der Produktionskapazitäten und -strukturen der Weinbaubetriebe. Die Ergebnisse dienen auch als Planungs- und Entscheidungshilfe für die Weinbaupolitik auf EU-Ebene.

Nachdem im Statistischen Monatsheft vom Dezember 2000 bereits kurz über die Struktur der Weinbaubetriebe berichtet wurde¹⁾, steht im vorliegenden Beitrag die Vermarktung der erzeugten Produkte im Mittelpunkt der Betrachtung.

Weinbauerhebung erstmals in die Haupterhebung integriert

Weinbauerhebungen werden üblicherweise im Rahmen einer Landwirtschaftszählung durchgeführt, die aus einer Haupterhebung, einer Weinbauerhebung, einer Gartenbauerhebung und einer Binnenfischereierhebung besteht. Während für die Haupterhebung alle landwirtschaftlichen Betriebe und Forstbetriebe befragt werden, richten sich die anderen Erhebungen nur an Betriebe mit entsprechenden Produktionsgrundlagen.

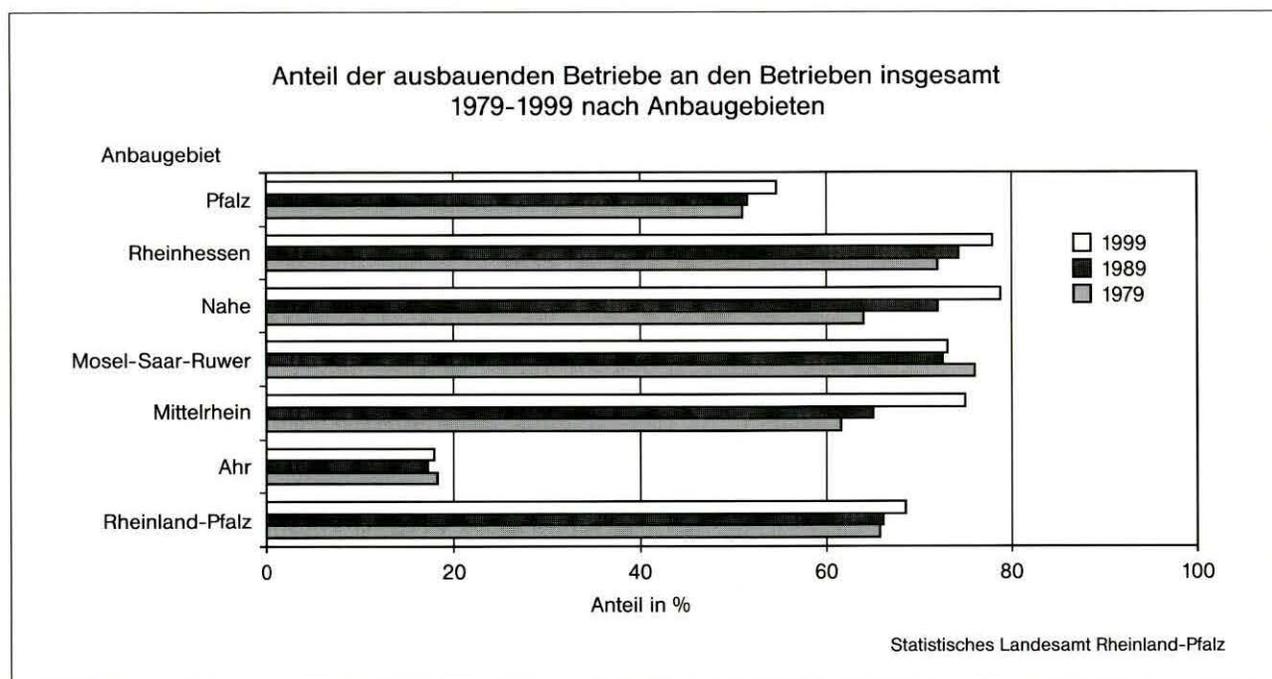
1) Laux, Werner: Struktur der Weinbaubetriebe, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 12/00, S. 258 f.

Die Weinbauerhebungen 1972/73, 1979/80 und 1989/90 fanden als eigenständige Erhebungen statt. Für die Weinbauerhebung 1999 kam dagegen ein neues, vereinfachtes Konzept zur Anwendung. Sie wurde bei einer deutlichen Kürzung der Merkmale in die Haupterhebung integriert. Durch diese Vorgehensweise konnten die meisten der für die Weinbauerhebung benötigten Merkmale aus der Haupterhebung übernommen werden. Lediglich die Merkmale über die Verwertung des Lesegutes, den Absatz und die Vermarktung mussten gesondert erhoben werden. Der Erhebungsbogen für die Haupterhebung wurde dazu um ein zusätzliches Blatt erweitert.

Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu denen früherer Weinbauerhebungen eingeschränkt

Der Vorteil der Integration eines Großteils der Weinbauerhebung in die Haupterhebung war eine deutliche Entlastung der Auskunftspflichtigen, verbunden mit einer Reduzierung der Kosten für die Erhebung. Erkauft wurde dies jedoch mit einer Angleichung der unteren Erfassungsgrenze bei der Weinbauerhebung an die der Haupterhebung. Auch eine ganze Reihe von Merkmalsausprägungen, z. B. zur sozialökonomischen Betriebs-typisierung oder zu den Arbeitskräften, musste angepasst werden. Während die Vergleichbarkeit zu den Ergebnissen früherer Weinbauerhebungen dadurch eingeschränkt ist, können die Ergebnisse der Weinbauerhebung jedoch jetzt direkt mit denen der Haupterhebung verglichen werden.

Die untere Erfassungsgrenze für die Erhebung 1999 lag bei 30 Ar bestockter Rebfläche, während in die früheren Erhebungen noch alle Betriebe mit einer bestockten Rebfläche von 10 Ar und mehr einbezogen waren. Betriebe unter 10 Ar fanden darüber hinaus Be-



Weinausbauende Betriebe 1979-1999 nach Größenklassen der Rebfläche

Rebfläche ¹⁾ von ... ha	Jahr	Betriebe insgesamt		Darunter weinausbauende Betriebe		
		Betriebe	Rebfläche	Betriebe		Rebfläche
		Anzahl	ha	Anzahl	%	ha
0,3 - 1	1979	11 996	7 227	5 541	46,2	3 592
	1989	8 294	5 114	3 495	42,1	2 300
	1999	4 835	2 864	1 989	41,1	1 232
1 - 2	1979	6 519	9 601	4 713	72,3	7 047
	1989	4 869	7 233	3 306	67,9	5 000
	1999	2 867	4 125	1 857	64,8	2 719
2 - 3	1979	3 496	8 855	2 814	80,5	7 155
	1989	2 771	7 027	2 196	79,2	5 595
	1999	1 747	4 296	1 334	76,4	3 287
3 - 5	1979	3 609	14 533	3 069	85,0	12 402
	1989	3 106	12 458	2 577	83,0	10 372
	1999	2 120	8 258	1 770	83,5	6 878
5 - 10	1979	2 558	17 619	2 268	88,7	15 689
	1989	3 330	23 773	2 981	89,5	21 355
	1999	2 759	19 639	2 452	88,9	17 490
10 - 20	1979	349	4 589	332	95,1	4 379
	1989	772	10 009	697	90,3	9 062
	1999	1 506	19 738	1 380	91,6	18 074
20 und mehr	1979	68	2 515	66	97,1	2 421
	1989	87	2 897	83	95,4	2 732
	1999	231	6 970	215	93,1	6 577
Insgesamt	1979	28 595	64 939	18 803	65,8	52 685
	1989	23 229	68 511	15 335	66,0	56 416
	1999	16 065	65 890	10 997	68,5	56 256

1) 1979 und 1989 bestockte Rebfläche.

rücksichtigung, wenn sie Trauben, Traubenmost, Wein oder vegetatives Vermehrungsgut zum Verkauf erzeugten. Da allerdings das Gliederungsschema für die Größenklassen nach der bestockten Rebfläche der Weinbauerhebungen 1979/80 und 1989/90 die 30-Argrenze enthält, können durch Umrechnungen nachträglich Vergleichsergebnisse erstellt werden. Die Tatsache, dass 1999 die Größenklassengliederung auf der Grundlage der Rebfläche und nicht wie 1979/80 und 1989/90 der bestockten Rebfläche erfolgte, dürfte die Vergleichbarkeit kaum beeinträchtigen.

Zwei Drittel der Betriebe mit Weinausbau

Die Art und Weise der Verwertung des Lesegutes hat einen großen Einfluss auf Organisation und Rentabilität des Weinbaubetriebes. Die Verwertungsmöglichkeiten reichen dabei von einem vollständigen Ausbau des Lesegutes zu Wein und dem Verkauf als Flaschenwein im In- und Ausland bis zu der Lieferung des Lesegutes direkt nach der Ernte an eine Winzergenossenschaft, Erzeugergemeinschaft bzw. Verbundkellerei oder dem Verkauf an Dritte. Mit einer Weinerzeugung können die Betriebe jedoch eine höhere Wertschöpfung erzielen, als wenn sie das Lesegut direkt nach der Ernte verkau-

fen oder abliefern. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass in eine entsprechende Kellerwirtschaft investiert wurde.

Gut zwei Drittel der Betriebe, die über 30 Ar und mehr bestockte Rebfläche verfügten, bauten 1999 ihr Lesegut vollständig oder zumindest teilweise zu Wein aus. Diese knapp 11 000 Betriebe bewirtschafteten rund 85% der Rebfläche des Landes. Obwohl die Beratung die ökonomischen Vorteile des Weinausbaus deutlich hervorhebt, ist festzustellen, dass der Anteil der weinausbauenden Betriebe an den Betrieben insgesamt seit 1979 nur geringfügig zugenommen hat.

Von den 11 000 ausbauenden Betrieben bauten rund 67% ihr gesamtes Lesegut aus. Diese 7 400 Betriebe bewirtschafteten 36 000 ha oder 55% der Rebfläche im Land. Durch die jährlichen Ernteschwankungen kommt es vor, dass in Jahren mit einer hohen Erntemenge der Anteil der vollausbauenden Betriebe niedriger liegt als in den Jahren mit einer kleinen oder durchschnittlichen Ernte. Dies könnte der Grund dafür sein, dass vor zehn Jahren der Anteil vollausbauender Betriebe nur bei 57% lag, während 1979 rund 69% der Winzer ihr Lesegut vollständig ausbauten. 1989 wurde mit 8,7 Mill. hl eine weit überdurchschnittliche Weinmosternte eingebracht.

Da Investitionen in eine Kellerwirtschaft nur rentabel sind, wenn der Betrieb über eine gewisse Flächenausstattung verfügt, weisen nur 40% der Betriebe unter 1 ha Rebfläche eine Kellerwirtschaft auf. In der nächsten Größenklasse (1 bis 2 ha Rebfläche) sind es bereits 65%. Dieser Anteil steigt dann auf 93% in der Größenklasse von 20 ha und mehr. Das Verhältnis der vollausbauenden Betriebe zu den Betrieben mit teilweise Ausbau des Lesegutes ist nur in geringem Maße von der Größe des Betriebes abhängig. So bauen 63% der weinerzeugenden Betriebe in den Größenklassen 3 bis 5 ha sowie 5 bis 10 ha Rebfläche und 78% in der Größenklasse 0,3 bis 1 ha ihr Lesegut vollständig aus.

Anbaugebiet Nahe mit dem höchsten Anteil ausbauender Betriebe

In den einzelnen Anbaugebieten ist die Bedeutung des Weinausbaus unterschiedlich hoch. Die größte Verbreitung weinausbauender Betriebe gab es 1999 in den Anbaugebieten Nahe und Rheinhessen mit 79 bzw. 78%. Ebenfalls noch einen überdurchschnittlichen Anteil wiesen die Anbaugebiete Mittelrhein (75%) und Mosel-Saar-Ruwer (73%) auf. Teilweise handelt es sich bei diesen Anbaugebieten auch um touristisch attraktive Gebiete, sodass die Vermarktung des Weins in Verbindung mit einer Straußwirtschaft oder Zimmervermietung erfolgt. In der Pfalz bauten nur 55% der Betriebe ihre Ernte zu Wein aus. Kaum Bedeutung hat der Weinausbau (18%) im Anbaugebiet Ahr. Hier haben die genossenschaftlichen Bindungen der Winzer eine lange Tradition.

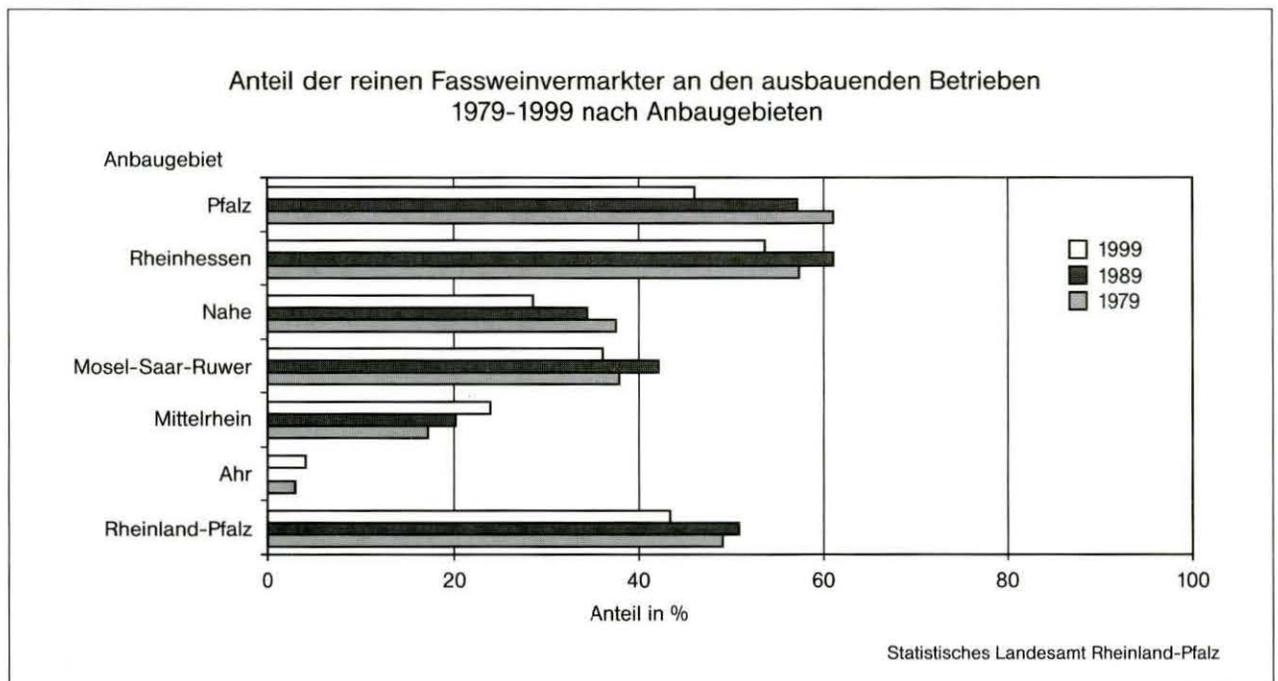
In allen Anbaugebieten liegt der Anteil der ausbauenden Betriebe an den Betrieben insgesamt deutlich niedriger als der von ihnen bewirtschaftete Teil der Rebflächen im Anbaugebiet. Am Mittelrhein, an der Nahe und in Rheinhessen bewirtschafteten die ausbauenden Betriebe über 90% der Rebfläche des Anbaugebietes. Mit 88% war der Anteil der Rebfläche, die auf die ausbauenden Betriebe entfiel, an Mosel, Saar und Ruwer

nur geringfügig kleiner. In der Pfalz und an der Ahr bewirtschafteten die ausbauenden Betriebe 76 bzw. 48% der Rebfläche.

In den Anbaugebieten hat sich die Bedeutung des Weinausbaus auch unterschiedlich entwickelt. 1979 wies das Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer mit einem Anteil von 76% die höchste Rate an ausbauenden Betrieben auf. Seitdem ist ihr Anteil hier zurückgegangen. Ein Grund hierfür könnten die vielen Nebenerwerbswinzer sein, die ihre Weinberge noch bewirtschaften wollen, aber keine Zeit mehr für den Weinausbau aufbringen können und stattdessen das Lesegut verkaufen. An der Ahr ist der Anteil ausbauender Betriebe in etwa konstant geblieben. In allen anderen Anbaugebieten hat er sich dagegen erhöht. Die Anteile stiegen zwischen 1979 und 1999 besonders stark in den Anbaugebieten Nahe und Mittelrhein von 64 auf 79% bzw. von 62 auf 75%. Rheinhessen (78%) und die Pfalz (55%) – die beiden größten Anbaugebiete Deutschlands – wiesen im Betrachtungszeitraum Zuwächse bei den Anteilen von sechs bzw. vier Prozentpunkten auf.

Fassweinausatz dominiert

Die Vermarktung des Weins kann auf mehreren Wegen erfolgen. Rund 43% der ausbauenden Betriebe vermarkteten ausschließlich Fasswein und sind damit besonders stark von den häufigen Preisschwankungen auf dem Fassweinmarkt abhängig. Die reinen Fassweinbetriebe bewirtschafteten rund 19 500 ha Rebfläche. Weitere 16% der Betriebe setzten ihren Wein ausschließlich über die Flasche ab. Über diesen Absatzweg wurde die Erzeugung von 8 400 ha Rebfläche verwertet. Die Flaschenweinvermarktung erfordert einen größeren Aufwand als der Verkauf von Fasswein. Trotzdem verfügten die Flaschenweinvermarkter mit durchschnittlich 4,7 ha über eine größere Rebfläche als die Betriebe mit Fassweinerzeugung, die nur auf 4,1 ha Rebfläche kamen.



Weinausbauende Betriebe mit Flaschenwein 1999 nach Absatzwegen, Größenklassen der Rebfläche und Anbaugebieten

Rebfläche von ... ha	Betriebe mit Flaschenwein	Und zwar mit Absatz an				
		Handel	Gaststätten	Endverbraucher		
				zusammen	Selbstabholer	Versand
0,30 - 1	906	100	156	888	839	518
1 - 2	1 048	129	258	1 026	969	740
2 - 3	876	154	270	857	797	675
3 - 5	1 291	273	435	1 277	1 212	1 051
5 - 10	1 928	495	712	1 914	1 816	1 617
10 - 20	1 197	426	474	1 187	1 135	1 075
20 und mehr	188	104	83	180	168	164
Insgesamt	7 434	1 681	2 388	7 329	6 936	5 840
Ahr	46	22	26	46	44	37
Mittelrhein	181	37	102	175	174	122
Mosel-Saar-Ruwer	2 813	582	826	2 770	2 608	2 260
Nahe	572	134	216	567	534	454
Rheinhessen	2 218	479	597	2 186	2 034	1 716
Pfalz	1 604	427	621	1 585	1 542	1 251

Die übrigen ausbauenden Betriebe nutzten beide Möglichkeiten zur Vermarktung oder setzten Wein in einer Straußwirtschaft bzw. als Winzersekt ab. Innerhalb der letzten 20 Jahre hat der Anteil reiner Flaschenweinvermarkter geringfügig zugenommen, während der Anteil der reinen Fassweinvermarkter zurückging. Bis vor zehn Jahren verkaufte noch jeder zweite Betrieb ausschließlich Fasswein. Zu dem Rückgang haben sicherlich auch die in vielen Jahren nicht kostendeckenden Erlöse für Fasswein beigetragen.

Den größten Anteil an ausbauenden Betrieben, die ausschließlich Fasswein vermarkten, weist das Anbaugebiet Rheinhessen mit 53% auf, gefolgt von der Pfalz (46%). Hier ist der Anteil der reinen Fassweinvermarkter innerhalb der letzten zehn Jahre um elf Prozentpunkte besonders stark zurückgegangen. An Mosel, Saar und Ruwer verkaufen gut ein Drittel der ausbauenden Betriebe ausschließlich Fasswein. Im Anbaugebiet Nahe setzen 28% der Betriebe auf die Fassweinvermarktung.

Zu den 4 800 reinen Fassweinvermarktern kommen noch einmal 4 500 Winzer, die einen Teil ihres Weins als Fasswein absetzen. Insgesamt 84% der ausbauenden Betriebe befassen sich mit der Fassweinvermarktung. Die größte Bedeutung hat der Fassweinverkauf in den Anbaugebieten Rheinhessen (93%) und Pfalz (88%).

1 800 Betriebe vermarkten ausschließlich über die Flasche

Knapp 1 800 Winzer mit 8 400 ha Rebfläche füllten ihren Wein ausschließlich in Flaschen ab. In den Anbaugebieten Rheinhessen und Pfalz vermarkteten wegen der Bedeutung der Fassweinvermarktung nur 8% bzw. 14% der ausbauenden Betriebe ausschließlich über die Flasche. Jeder fünfte Betrieb wählte im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer diese Vermarktungsform. An der Ahr und dem Mittelrhein waren es mit 71% bzw. 46% deutlich mehr. Da hier die Weinbaubetriebe in der Re-

gel über eine geringere Flächenausstattung als in Rheinhessen und der Pfalz verfügen und andererseits die Gebiete von vielen Touristen besucht werden, dürften die hohen Anteile erklärbar sein.

Neben den reinen Flaschenweinvermarktern füllten weitere 5 700 Betriebe einen Teil ihres Weins in Flaschen ab. Die insgesamt 7 400 Betriebe mit Flaschenweinproduktion setzten ihren Wein 1999 überwiegend am heimischen Markt ab. Rund 670 Betriebe exportierten Flaschenwein auch ins Ausland, ein Vermarktungsweg, der sicherlich noch an Bedeutung gewinnt.

Die Herstellung von Sekt in Weinbaubetrieben, der so genannte Winzersekt, hat in den letzten Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Eine entsprechende Fragestellung wurde deshalb 1999 in den Erhebungsbogen aufgenommen. 1 850 Winzer beschäftigten sich 1999 mit der Herstellung von Sekt. Die meisten sektherstellenden Betriebe hatten ihren Sitz im Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer (706 Betriebe), gefolgt von der Pfalz (488 Betriebe), Rheinhessen (443 Betriebe) und der Nahe (159 Betriebe).

Flaschenwein wird überwiegend an Endverbraucher abgesetzt

Der mit Abstand wichtigste Absatzweg für Flaschenwein ist der direkte Verkauf an Endverbraucher. Fast alle Flaschenweinvermarkter nutzen diese Möglichkeit. Die Konsumenten holen die Flaschen entweder direkt beim Betrieb ab (6 900 Betriebe) oder der Wein wird dem Verbraucher auf dem Versandwege durch die Post, die Bahn oder einen Spediteur zugestellt. Letztere Möglichkeit nutzten 1999 rund 5 800 Betriebe.

Weitere Vermarktungswege für Flaschenwein sind der Verkauf an Gaststätten (2 400 Betriebe) oder an den Handel (1 700 Betriebe), wozu der Absatz an Weinhandelsbetriebe oder Kommissionäre und der Absatz über

Weinmessen, -börsen oder -märkte rechnet. Beim Verkauf an Gaststätten weisen die Anbaugebiete Ahr und Mittelrhein mit 57 bzw. 56% einen überdurchschnittlichen Anteil auf. Die Anbaugebiete Pfalz (39%) und Nahe (38%) folgen mit weitem Abstand vor Mosel-Saar-Ruwer (29%).

Nichtausbauende Betriebe liefern überwiegend an Winzergenossenschaften

Rund 5 100 Betriebe mit 9 600 ha Rebfläche bauten 1999 ihr Lesegut nicht selbst aus. Knapp 4 200 Betriebe lieferten ihr Lesegut an Winzergenossenschaften, Erzeugergemeinschaften oder an Herstellungs- oder Vermarktungsbetriebe, allein 4 000 davon vollständig. 1 000 Betriebe lieferten an Verbundkellereien oder Handelsbetriebe, von denen 900 ausschließlich diesen Verwertungsweg gewählt hatten. Winzergenossenschaften, die auf der Grundlage des Genossenschaftsrechts gebildet wurden, verwerteten das Lesegut von knapp 3 300 Betrieben. Hierzu gehören auch die Winzergenossenschaften, die entsprechend dem Marktstrukturgesetz von 1976 als Erzeugergemeinschaft anerkannt wurden. Die Genossenschaften wurden gegründet, um die gesamte Produktion der Mitgliedsbetriebe oder Teile davon zentral auszubauen und zu vermarkten. Auf diese Art und Weise soll zumindest ein Teil der Wertschöpfung aus dem Weinausbau in Form höherer Mosterlöse an die Winzer weitergegeben werden. Die einer Winzergenossenschaft angeschlossenen Betriebe verfügen über 6 900 ha Rebfläche.

Erzeugergemeinschaften, die nicht aus einer Winzergenossenschaft hervorgingen, verarbeiteten 1999 das Lesegut von 720 Betrieben mit gut 1 200 ha Rebfläche. Es handelt sich hierbei um Zusammenschlüsse von weinbaulichen Betrieben, die gemeinsam den Zweck verfolgen, die Erzeugung und den Absatz den Erfordernissen des Marktes anzupassen. Einen einzelbetrieblichen Vertrag zur Lieferung des Lesegutes an einen anderen Herstellungs- und Vermarktungsbetrieb hatten 240 Winzer abgeschlossen, die rund 450 ha Rebfläche bewirtschafteten. Gut 1 000 Betriebe verkauften ihr Lesegut nach der Ernte an eine Kellerei oder einen Handelsbetrieb. Die Rebfläche dieser Betriebe belief sich auf 1 700 ha.

Traditionell hat der Verkauf an eine Winzergenossenschaft oder Erzeugergemeinschaft an der Ahr die größte Bedeutung. Fast alle nicht ausbauenden Betriebe lieferten hier ihr Lesegut vollständig an Winzergenossenschaften. Überdurchschnittliche Anteile wiesen auch der Mittelrhein (88%) und die Pfalz (86%) auf. Rund drei von vier Betrieben an Mosel, Saar und Ruwer sowie an der Nahe stellten ihr Lesegut vollständig einer Winzergenossenschaft oder Erzeugergemeinschaft zur Verfügung. Im Anbaugbiet Rheinhessen belief sich der Anteil auf zwei Drittel der nicht ausbauenden Betriebe. Gut 31% der Betriebe verkauften hier dagegen ihr Lesegut vollständig an Dritte. Das ist mit Abstand der höchste Anteil unter den Anbaugebieten. An Mosel-Saar-Ruwer und an der Nahe war es immerhin noch jeder fünfte Winzer.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Außenhandel mit Wein

Rheinland-Pfalz ist das größte Weinbaugebiet Deutschlands. 1999 vereinigte Rheinland-Pfalz 47% der Betriebe mit Weinbau, 64% der bestockten Rebfläche und 65% der Weinmosternte auf sich. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass 1999 wertmäßig annähernd sieben Zehntel (69%) der deutschen Weinexporte auf Rheinland-Pfalz entfielen. Von den Weinimporten hatten noch fast ein Fünftel (19%) Rheinland-Pfalz als Bestimmungsland. Mengenmäßig lag der rheinland-pfälzische Anteil am deutschen Weinexport 1999 sogar bei fast vier Fünftel (79%), im Import bei gut drei Zehntel (31%).

Der grenzüberschreitende Handel mit Wein umfasst in der Summe neben den wert- und mengenmäßig dominierenden Lieferungen von Weiß- und Rotweinen auch den Schaum- und Wermutwein. Dazu kommen auch noch Tresterwein, andere gegorene Getränke (z. B. Apfelwein, Birnenwein und Met) sowie Mischungen solcher gegorener Getränke untereinander oder mit anderen nichtalkoholischen Getränken. Vor diesem Hintergrund wird später auch speziell noch auf den Außenhandel mit Weiß- und Rotweinen eingegangen.

Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass der grenzüberschreitende Weinhandel aufgrund von Befreiungen und Vereinfachungen bei der Erhebung der Daten durch eine gewisse Untererfassung gekennzeichnet ist. Im Rahmen der Intrahandelsstatistik (Warenverkehr mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union) sind grundsätzlich alle Privatpersonen von der Auskunftspflicht befreit. Die Befreiung gilt auch für Handel Treibende, wenn deren im Intrahandel getätigte jährliche Versendungen in andere EU-Mitgliedstaaten oder deren Importe aus anderen EU-Mitgliedstaaten den statistischen Wert von 200 000 Euro im Vorjahr oder während des laufenden Jahres nicht überschritten haben. Im Rahmen der Extrahandelsstatistik (Warenverkehr mit Ländern außerhalb der EU) sind grundsätzlich Warenversendungen von weniger als 1 600 DM von der Anmeldung befreit.

1999 wurde Wein im Warenwert von insgesamt 597,1 Mill. DM ausgeführt; dies entspricht einem Minus von 1,7% gegenüber dem Vorjahr. Mit annähernd 2,1 Mill. hl wurde gleichzeitig jedoch ein mengenmäßiger Zuwachs von 6% erzielt. Bei längerfristiger Betrachtung wird sichtbar, dass die rheinland-pfälzischen Weinexporte wertmäßig zur Mitte der 80er-Jahre ihre Spitzenwerte (1984: 890,5 Mill. DM; 1985: 944,7 Mill.

DM) erzielten. Der Wert der von Rheinland-Pfalz importierten Weine konnte 1999 um 9,2% auf 696,3 Mill. DM erhöht werden. Dies bedeutet im langjährigen Vergleich ein neues Spitzenergebnis. Bei gut 3,9 Mill. hl wurde das Vorjahresergebnis in der Menge hierbei nur knapp um 0,7% unterboten.

Die grenzüberschreitenden Weinlieferungen gehen nach wie vor zum weitaus größten Teil nach Großbritannien (232,7 Mill. DM; 1 Mill. hl). Die Lieferungen dorthin haben, gemessen am gesamten Exportwert, einen Anteil von 39%, in Bezug auf die Exportmenge einen Anteil von 49%. Weitere wichtige Abnehmerländer waren 1999 Japan (80,6 Mill. DM; 137 400 hl), die USA (59 Mill. DM; 109 200 hl) und die Niederlande (55,9 Mill. DM; 228 800 hl). Die Exporte nach Japan konnten seit Mitte der 80er-Jahre deutlich ausgeweitet werden, während die Ausfuhren nach Großbritannien und in die USA stark zurückgingen.

Die rheinland-pfälzischen Weinimporte stammen im Gegensatz zu den Exporten ganz überwiegend aus Italien (198,6 Mill. DM; 1,8 Mill. hl), Spanien (190,7 Mill. DM; 542 400 hl) und Frankreich (174,9 Mill. DM; 853 500 hl). Seit Anfang der 90er-Jahre verzeichneten vor allem die Weinimporte aus Spanien überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten. 1990 wurden aus Spanien Weine im Wert von 27,9 Mill. DM eingeführt. 1999 wurde fast das Siebenfache dieses Wertes erreicht. Wert- und mengenmäßig stammen gut vier Fünftel (jeweils 81%) der importierten Weine aus den genannten drei Ländern.

Von großer Bedeutung ist insbesondere der Außenhandel mit Weiß- und Rotwein, der beim Export 88% und beim Import 87% des grenzüberschreitenden Weinhandels ausmacht. 1999 exportierte Rheinland-Pfalz 1,81 Mill. hl Weißwein und Rotwein im Gesamtwert von 531,7 Mill. DM (Deutschland: 2,13 Mill. hl; 670 Mill. DM). Traditionsgemäß dominiert die Ausfuhr von Weißwein mit 1,75 Mill. hl (97%). Bezüglich der Menge kommen neun Zehntel der deutschen Weißweinexporte aus Rheinland-Pfalz. Beim Rotwein liegt der Exportanteil des Landes bei drei Zehntel.

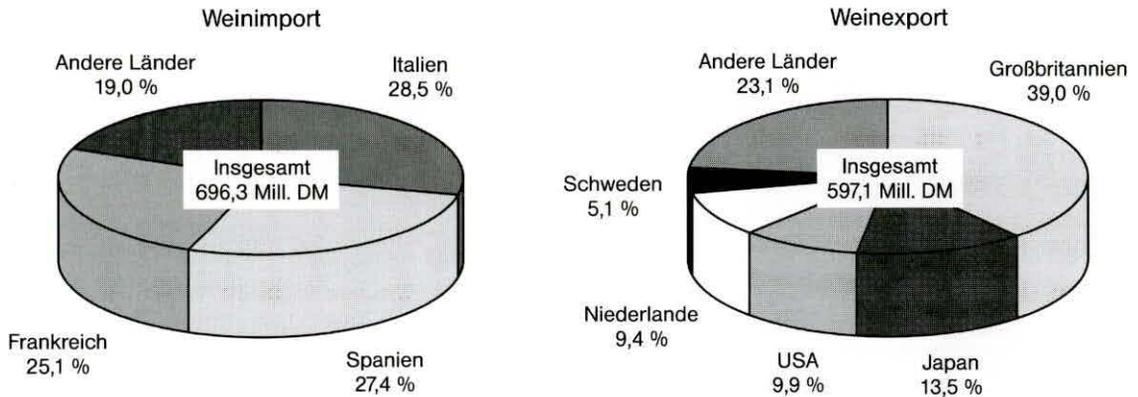
Von den nach Rheinland-Pfalz importierten Weiß- und Rotweinen (3,4 Mill. hl; 433,4 Mill. DM) sind mittlerweile 44% Rotweine. Wertmäßig werden die Importe sogar zu 59% von Rotweinen bestritten. Bei den Weiß- und Rotweinimporten Deutschlands (10,39 Mill. hl) entfällt von der Menge her gesehen bereits mehr als die Hälfte (55%) auf Rotweine, vom Wert her sind es 69%. In der Mengenbetrachtung wird hier sichtbar, dass vier Zehntel der deutschen Weißwein- sowie ein gutes Viertel (26%) der deutschen Rotweinimporte eine rheinland-pfälzische Adresse haben.

Seit 1995 eröffnet die deutsche Außenhandelsstatistik neben der bekannten räumlichen (Herkunfts- und Bestimmungsländer nach dem Länderverzeichnis, Bundesländer) und waresystematischen Differenzierung auch die Möglichkeit, den grenzüberschreitenden Handel mit Qualitätsweinen in der Untergliederung nach Anbaugebieten darzustellen. Allerdings ist diese Möglichkeit der Untergliederung nach rheinland-pfälzischen Anbaugebieten auf Qualitäts-Weißwein beschränkt. So waren drei Zehntel der gesamten rheinland-pfälzischen

Außenhandel mit Weiß- und Rotwein 1999

Ware	Ausfuhr		Einfuhr	
	hl	1 000 DM	hl	1 000 DM
Rheinland-Pfalz				
Weißwein	1 748 732	514 258	1 897 547	178 319
Rotwein	58 411	17 476	1 504 528	255 117
Insgesamt	1 807 143	531 734	3 402 075	433 436
Deutschland				
Weißwein	1 940 236	575 432	4 699 777	838 457
Rotwein	193 518	94 579	5 687 164	1 828 725
Insgesamt	2 133 754	670 011	10 386 941	2 667 182

Außenhandel mit Wein 1999 nach ausgewählten Herkunfts- bzw. Bestimmungsländern



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz 17/2001

Weinexporte 1999 weiße Qualitätsweine aus Rheinhessen (180,5 Mill. DM), dem mit 26 381 ha bestockter Rebfläche größten rheinland-pfälzischen Anbaugebiet. Gegenüber 1998 lässt sich für diese Anbauregion beim Exportwert ein Rückgang um 14% erkennen. Ein weiteres knappes Viertel (23%) der Qualitätsweinausfuhren kommt aus dem Anbaugebiet Mosel-Saar-Ruwer (136,3 Mill. DM; -2,3%). In der Pfalz (51,6 Mill. DM; -14%) hatten 8,6% der Exporte ihren Ursprung. Somit wird der gesamte rheinland-pfälzische Weinexport zu mehr als sechs Zehntel (62%) mit Qualitäts-Weißweinen der drei Anbaugebiete Rheinhessen, Mosel-Saar-Ruwer und Pfalz bestritten.

41% (74,8 Mill. DM) der exportierten rheinhessischen Qualitäts-Weißweine, gemessen am Handelswert, gelangten 1999 nach Großbritannien, gefolgt von Japan

(24,9 Mill. DM; Anteil: 14%) und den Niederlanden (16,6 Mill. DM; 9,2%). Weitere gute Geschäftsbeziehungen bestehen mit den USA, Brasilien, Schweden, Kanada und Frankreich. Weine der Anbauregion Mosel-Saar-Ruwer wurden ganz überwiegend in die USA (33,6 Mill. DM; 25%), nach Japan (30 Mill. DM; 22%) und Großbritannien (22,1 Mill. DM; 16%) ausgeführt. Diese Weine erfreuen sich aber auch in Schweden, Dänemark, Kanada und Belgien einer regen Nachfrage. Fast die Hälfte (25,1 Mill. DM; 49%) der pfälzischen weißen Qualitätsweine wurde von britischen Geschäftspartnern abgenommen. Nennenswerte Lieferungen gingen aber auch in die USA, nach Japan, in die Niederlande, nach Frankreich und nach Schweden.

Diplom-Ökonom Rainer Klein

Insolvenzen 2000

Am 1. Januar 1999 ist die neue Insolvenzordnung in Kraft getreten. Sie löste die bis dahin gültige Konkurs- und Vergleichsordnung ab. Das neue Gesetz führt zum einen ein einheitliches Insolvenzverfahren für zahlungsunfähige oder überschuldete natürliche und juristische Personen ein. Als Ziel des Insolvenzverfahrens steht die Befriedigung der Gläubiger gleichrangig neben dem Erhalt bzw. der Sanierung wirtschaftlich angeschlagener Unternehmen. Die Unterscheidung nach Konkursen und Vergleichsverfahren ist damit entfallen. Zum anderen wurde mit der neuen Insolvenzordnung für überschuldete natürliche Personen, die keine oder nur eine geringfügige selbständige wirtschaftliche Tätigkeit ausüben, ein vereinfachtes Verfahren der Insolvenzbewältigung neu geschaffen. Dieses Verbraucherinsolvenzverfahren soll überschuldeten Privatpersonen und Kleingewerbetreibenden unter ganz bestimmten Voraussetzungen ermöglichen wieder schuldenfrei zu werden.

Die erstmals bundeseinheitliche gesetzliche Grundlage für die Insolvenzstatistik wurde erst am 15. Dezember 1999 geschaffen¹⁾, sie gilt für die Erhebung ab Januar 2000. Für das Jahr 1999 wurde die Statistik in Rheinland-Pfalz auf der Grundlage eines Rundschreibens des Ministeriums der Justiz durchgeführt.

Insolvenzen deutlich gestiegen

Die rheinland-pfälzischen Insolvenzgerichte haben im Jahr 2000 insgesamt 1 736 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens bearbeitet, so viele wie noch nie. 1999 waren in Rheinland-Pfalz 1 130 Insolvenzverfahren beantragt worden. Zum einen beruht dies auf der starken Zunahme der Verbraucherinsolvenzen. Da vor dem gerichtlichen Verfahren ein außergerichtlicher Einigungsversuch zwischen Gläubigern und Schuldner vorgeschrieben ist, hatte es im Jahr der Einführung lediglich 98 solcher Fälle gegeben; im vergangenen Jahr

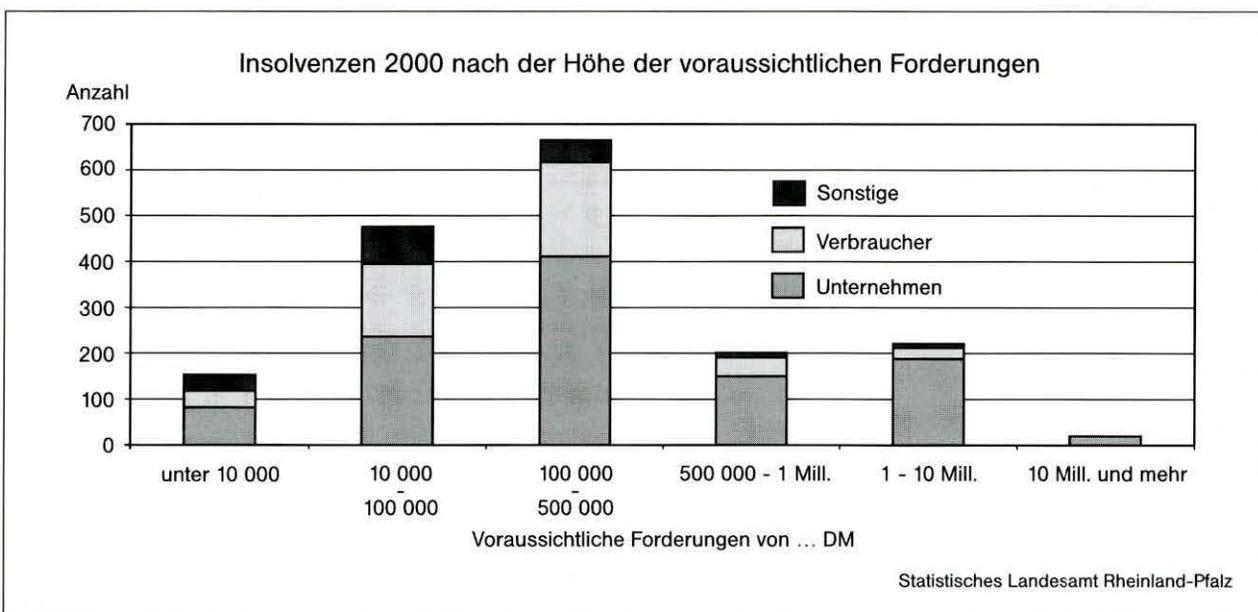
ist die Zahl bereits auf 466 gestiegen. Zum anderen sind jedoch trotz des konjunkturellen Aufschwungs auch die Insolvenzen von Unternehmen im Jahr 2000 deutlich gestiegen. Mit 1 087 Fällen wurden 236 oder 28% mehr Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens von Unternehmen (einschließlich Kleingewerbe) gestellt als im Vorjahr. Die restlichen 183 Fälle betrafen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä. oder Nachlassinsolvenzen; dies waren nur zwei mehr als 1999.

Im vergangenen Jahr konnten allerdings auch wesentlich mehr Verfahren eröffnet werden als im Vorjahr. Den Meldungen der Amtsgerichte zufolge kam es in 764 Fällen oder 44% der Verfahren zur Eröffnung; 906 Anträge, also gut die Hälfte, wurden abgelehnt, da das Vermögen des Schuldners voraussichtlich nicht ausgereicht hätte, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Die im Vergleich zum Vorjahr wesentlich höhere Eröffnungsquote beruht hauptsächlich auch auf den Verbraucherinsolvenzen, von denen immerhin knapp zwei Drittel eröffnet wurden. Außerdem wurde in 66 Insolvenzverfahren von Verbrauchern ein Schuldenbereinigungsplan angenommen und somit die Wirkung eines Vergleichs erzielt. Bei den Unternehmensinsolvenzen lag die Eröffnungsquote dagegen bei 39%.

Unternehmensinsolvenzen betrafen überwiegend GmbH

Auf Unternehmen einschließlich Kleingewerbetreibende entfielen also gut drei Fünftel der Zahlungsschwierigkeiten im Jahr 2000. Die meisten waren im Baugewerbe (312) und im Handel (243) tätig. Weitere 179 insolvente Unternehmen hatten ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen, 134 im verarbeitenden Gewerbe und 82 im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung. In diesen Branchen lag die Zahl der Konkurse 2000 jeweils deutlich höher als 1999. Lediglich im Gastgewerbe war im vergangenen Jahr ein Rückgang festzustellen. In diesem Wirtschaftsbereich wurden jedoch relativ wenige Verfahren eröffnet (17%), im verarbeitenden Gewerbe dagegen rund die Hälfte.

1) § 39 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz, das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 15. Dezember 1999 (BGBl. I S. 2398) geändert worden ist.



Insolvenzen 2000 nach Rechtsform und Wirtschaftsbereichen

Rechtsform Wirtschaftsbereich	Beantragte Verfahren					Voraussichtliche Forderungen	
	insgesamt		davon			Gesamt- betrag	Veränderung gegenüber 1999
	Verfahren	Veränderung gegenüber 1999	eröffnet	mangels Masse abgewiesen	Schulden- bereinigungs- plan angenommen		
	Anzahl					Mill. DM	%
Unternehmen	1 087	236	425	662	-	1 105,7	55,1
davon							
Kleingewerbe	85	28	12	73	-	49,4	922,3
Einzelunternehmen	330	87	101	229	x	184,5	134,3
Personengesellschaften	79	21	47	32	x	143,5	-6,0
Kapitalgesellschaften	580	111	258	322	x	720,1	55,3
sonstige Rechtsformen	13	-11	7	6	x	8,2	-36,2
davon	25	8	5	20	-	9,9	22,8
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei							
verarbeitendes Gewerbe	134	20	68	66	-	214,9	32,1
Baugewerbe	312	62	109	203	-	181,8	60,6
Handel; Instandhaltung u. Reparatur von Kfz u. Gebrauchsgütern	243	31	99	144	-	187,4	-25,0
Gastgewerbe	54	-16	9	45	-	17,8	-39,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	82	42	29	53	-	79,7	400,3
Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen	179	57	81	98	-	356,3	200,8
übrige Wirtschaftsbereiche	58	33	25	33	-	57,9	276,1
Übrige Schuldner	649	370	339	244	66	173,3	82,0
davon							
natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.	66	12	14	52	x	23,8	71,6
Nachlässe	117	-10	27	90	x	23,2	-55,6
Verbraucher	466	368	298	102	66	126,3	333,9
Insgesamt	1 736	606	764	906	66	1 279,0	58,3

In der Gliederung nach der Rechtsform des Schuldners entfielen die meisten Anträge auf Kapitalgesellschaften. Mit 568 Fällen im vergangenen Jahr, 100 mehr als im Jahr 1999, machten die Gesellschaften mit beschränkter Haftung über die Hälfte aller Unternehmensinsolvenzen aus. Hinzu kamen zwölf Insolvenzen von Aktiengesellschaften oder von Kommanditgesellschaften auf Aktien. Weitere 30% betrafen Einzelunternehmen, 8% waren Kleingewerbetreibende. Personengesellschaften – überwiegend in der Rechtsform GmbH & Co. KG – machten nur 7% der Unternehmensinsolvenzen aus, die meisten davon wurden auch eröffnet. Bei den anderen Rechtsformen gingen die Gläubiger häufiger leer aus, da in der Mehrzahl der Fälle das Verfahren mangels Masse von den Gerichten abgewiesen wurde, also auch bei Kapitalgesellschaften, da das gesetzliche Mindestkapital bei einer GmbH häufig keine ausreichende Eigenkapitalausstattung darstellt.

Gläubigerforderungen durchschnittlich 737 000 DM

Neben der Zahl der Konkursverfahren wird von den Amtsgerichten bei Eröffnung eines Verfahrens bzw. Ablehnung mangels Masse die Höhe der voraussichtlichen Forderungen, die von den Gläubigern geltend gemacht bzw. von den Gerichten geschätzt wurden, gemeldet. Diese beliefen sich im vergangenen Jahr auf 1 279 Mill. DM, rund 58% mehr als im Jahr 1999. Im Durchschnitt betrug die Forderungshöhe somit knapp 737 000 DM je Insolvenzfall. Fast drei Viertel aller Forderungen wurden bei den eröffneten Verfahren angemeldet; die durchschnittliche Forderungshöhe lag hier mit knapp 1,24 Mill. DM entsprechend höher als bei den mangels Masse abgewiesenen Verfahren mit 348 000 DM.

Der größte Teil, gut 86% sämtlicher Forderungen, wurde bei Zahlungsunfähigkeiten oder Überschuldungen von Unternehmen (einschließlich Kleingewerbe)

geltend gemacht, im Durchschnitt gut 1 Mill. DM. Fast doppelt so hoch lagen die Forderungen bei Unternehmen im Bereich Grundstückswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleistungen; auch im verarbeitenden Gewerbe waren es mit rund 1,6 Mill. DM deutlich mehr als im Durchschnitt, im Gastgewerbe dagegen nur 329 000 DM. Nach Rechtsformen untergliedert lagen die durchschnittlichen Forderungen bei Personengesellschaften mit 1,8 Mill. DM am höchsten. Bei Kapitalgesellschaften wurden im Schnitt 1,2 Mill. DM angemeldet, aber auch bei Einzelunternehmen und Kleingewerbetreibenden wurden immerhin knapp 600 000 DM registriert.

Diese Durchschnittswerte lassen jedoch die große Spannweite bei den Gläubigerforderungen nicht erkennen. Die Darstellung der Insolvenzen nach Forderungsgrößenklassen zeigt, dass es sich bei der Mehrzahl um Zahlungsunfähigkeiten mit relativ geringen finanziellen Folgen handelt. So lagen bei 29% aller Unternehmensinsolvenzen die Forderungen der Gläubiger jeweils unter 100 000 DM, weitere 38% fielen in die nächste Größenklasse bis unter 500 000 DM. Dagegen beliefen sich in 208 Fällen oder 19% die Ansprüche jeweils auf 1 Mill. DM oder mehr, darunter in 20 Fällen sogar auf mehr als 10 Mill. DM. Allein auf diese knapp 2% der Fälle entfielen allerdings 35% der Forderungen.

Auf die übrigen Schuldner, die 37% der Insolvenzfälle ausmachten, entfielen knapp 14% der Forderungen. Bei den Insolvenzen von Verbrauchern wurden von den Gläubigern im Schnitt immerhin 271 000 DM geltend gemacht. Unter 100 000 DM waren es in gut zwei Fünftel der Fälle, mehr als 1 Mill. DM Schulden hatten gut 5% dieser Privatpersonen. In den Bereich der privaten Haushalte gehören außerdem die Nachlassinsolvenzen. Mit durchschnittlich 199 000 DM waren die Verbindlichkeiten der Verstorbenen in diesen Fällen größer als der Wert der Hinterlassenschaften.

Diplom-Volkswirt Werner Kertels

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000					2001		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1000	4 028	...	4 029	4 028
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 887	...	575 ^P	1 219 ^P	1 184 ^P	2 409 ^P	624 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	5,6	...	1,7 ^P	3,8 ^P	3,5 ^P	7,0 ^P	1,8 ^P
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 183	...	2 496 ^P	3 062 ^P	3 101 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,5	...	7,3 ^P	9,8 ^P	9,1 ^P
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 544	...	3 717 ^P	4 016 ^P	3 753 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,6	...	10,9 ^P	12,8 ^P	11,0 ^P
Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	15	...	12 ^P	12 ^P	17 ^P
je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	4,6	...	5,1 ^P	5,4 ^P	5,7 ^P
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	-361	...	-1 221 ^P	-954 ^P	-652 ^P
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	-1,1	...	-3,6 ^P	-3,0 ^P	-1,9 ^P
Wanderungen										
Über die Landesgrenze										
Zugezogene	Anzahl	9 284
Fortgezogene	Anzahl	8 439
Wanderungssaldo	Anzahl	845
Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	13 678
Arbeitsmarkt										
Arbeitslose	Anzahl	149 361	138 337	156 049	154 142	147 738	134 420	144 146	144 468	139 187
Männer	Anzahl	82 051	74 537	87 397	86 511	81 863	72 457	79 969	80 484	76 756
Ausgewählte Berufsgruppen	Anzahl	7 733	6 745	9 186	9 006	8 195	7 083	9 062	9 158	8 443
Bauberufe	Anzahl	44 070	38 827	45 456	45 369	43 178	37 310	40 612	41 345	39 548
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	8,2	7,3	8,5	8,4	8,1	6,9	7,4	7,5	7,2
Arbeitslosenquote ⁶⁾	%	9,1	8,1	9,5	9,4	9,0	7,7	8,2	8,3	8,0
Arbeitslosenquote ⁷⁾	%	29 696	31 146	27 886	30 692	33 508	26 383	30 777	34 672	37 213
Offene Stellen	Anzahl	961	898	719	915	899	615	589	716	805
Ausgewählte Berufsgruppen	Anzahl	6 206	6 741	5 866	5 877	6 209	6 585	6 594	6 971	7 275
Bauberufe	Anzahl	4 887	2 446	3 831	4 746	4 018	1 630	2 762	3 738	4 058
Kurzarbeiter	Anzahl									
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁸⁾										
Rinder	t	3 207	2 879	3 026	3 240	3 513	1 996	1 888	1 965	3 023
Kälber	t	29	27	21	21	23	39	17	17	23
Schweine	t	9 276	8 796	9 163	8 716	8 632	8 766	9 193	7 989	8 566
Milch										
Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien	t	63 124	62 033	63 286	60 035	63 557	60 245	61 504	56 535	63 909
Eier										
Erzeugung in Betrieben mit mindestens 3000 Haltungsplätzen	1 000	14 290	13 631	14 199	12 978	14 309	13 080	12 604	11 798	13 802
Handwerk ⁹⁾										
Beschäftigte (Ende des Vj.)	30.9.1998=100	96	94	.	.	95	93
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1998=100	104	103	.	.	103	113

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mithelfende Familienangehörige). – 7) Arbeitslose in Prozent der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 8) In und ausländischer Herkunft. – 9) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000					2001		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 275	2 308	2 315	2 311	2 311	2 299	2 384	2 382	2 387
Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber/- innen)	Anzahl	307 750	303 460	301 787	302 089	302 175	302 027	302 621	301 812	302 358
Arbeiter (einschl. gewerblich Auszubildender)	Anzahl	197 036	193 426	191 990	192 063	192 017	192 221	192 822	192 614	192 909
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	26 090	25 658	25 322	26 324	27 156	23 122	26 085	24 765	26 963
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	1 698	1 731	1 592	1 565	1 595	1 686	1 664	1 596	1 646
Bruttolohnsumme	Mill. DM	903	911	834	821	845	882	868	837	858
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	796	820	758	744	751	804	796	760	788
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 478	9 987	8 281	9 821	10 739	10 013	9 759	9 792	10 977
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. DM	5 193	5 816	4 889	5 810	6 347	5 418	5 575	5 725	6 343
Investitionsgüterproduzenten	Mill. DM	2 426	2 246	1 674	2 150	2 400	2 648	2 171	2 197	2 598
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	193	206	173	210	200	179	212	191	228
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. DM	1 665	1 719	1 545	1 650	1 792	1 768	1 801	1 679	1 808
darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	3 892	4 053	3 354	3 943	4 357	3 991	4 264	4 161	4 683
Exportquote ²⁾	%	41,1	40,6	40,5	40,2	40,6	39,9	43,7	42,5	42,7
Energieverbrauch ³⁾	1 000 GJ	54 288	53 842	.	.	58 021	55 205	.	.	55 884
Kohleverbrauch ³⁾	1 000 GJ	2 673	2 007	.	.	2 242	1 703	.	.	1 781
Gasverbrauch (Erd- und Erdöl) ³⁾⁴⁾	Mill. kWh	10 093	10 070	.	.	11 007	10 534	.	.	10 790
Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	67	61	.	.	75	64	.	.	58
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 155	1 205	1 171	1 185	1 253	1 137	1 209	1 141	1 216
Stromerzeugung (industr. Eigen-erzeugung)	Mill. kWh	164	137	168	168	174	160	165	148	142
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	77	86	86	86	86	87	86	86	...
Beschäftigte	Anzahl	13 644	12 389	12 894	12 786	12 696	11 888	11 204	11 112	...
darunter Arbeiter	Anzahl	6 570	5 945	6 223	6 135	6 086	5 696	5 038	4 936	...
Geleistete Arbeiterstunden	1 000	852	751	794	785	801	685	644	598	...
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	79	75	69	78	68 952	64	58	66	...
Bruttolohnsumme	Mill. DM	33	31	28	31	28 328	26	22	25	...
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	47	44	40	46	40 625	39	36	41	...
Bruttostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	556	540	735	673	2 049	498
Nettostromerzeugung ⁵⁾	Mill. kWh	532	522	706	646	1 969	484
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 851	5 774	8 389	7 408	6 827	7 637	8 496	7 117	...
Baugewerbe										
Bauhauptgewerbe⁶⁾ (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)										
Beschäftigte	Anzahl	47 826	46 850	46 702	46 324	47 019	45 002	43 766	43 528	43 792
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 841	4 989	3 521	4 230	5 143	3 861	3 264	3 741	4 376
Wohnungsbau	1 000	2 046	2 192	1 524	1 726	2 302	1 685	1 463	1 629	1 879
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	1 000	1 236	1 241	964	1 188	1 342	958	883	951	1 121
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 559	1 556	1 033	1 316	1 499	1 218	918	1 161	1 376
darunter Straßenbau	1 000	710	723	445	556	668	551	340	510	595
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	200	200	177	174	190	194	172	162	168
Bruttolohnsumme	Mill. DM	153	153	131	130	146	146	129	119	123
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	47	47	45	44	45	48	43	43	45
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	716	723	572	509	661	822	548	473	570
Wohnungsbau	Mill. DM	254	243	186	181	239	253	161	158	181
gewerblicher und industrieller Bau ⁷⁾	Mill. DM	208	218	190	166	191	230	161	155	178
öffentlicher und Straßenbau	Mill. DM	254	263	196	163	231	328	226	160	212
darunter Straßenbau	Mill. DM	118	113	77	61	82	142	110	66	83
Ausbaugewerbe¹⁾³⁾ (Baustallation und sonstiges Baugewerbe)										
Betriebe	Anzahl	389	402	.	.	401	402
Beschäftigte	Anzahl	14 652	14 308	.	.	14 268	14 222
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 527	4 398	.	.	4 397	4 293
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	179	178	.	.	169	190
Bruttolohnsumme	Mill. DM	126	126	.	.	120	132
Bruttogehaltsumme	Mill. DM	53	52	.	.	49	58
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	590	604	.	.	490	795

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 2) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert. – 5) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung. – 6) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet auf alle Betriebe. – 7) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000					2001		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 113	903	1 079	1 104	811	1 124	648	636	902
mit 1 Wohnung	Anzahl	842	693	833	857	586	888	523	485	682
mit 2 Wohnungen	Anzahl	191	151	174	181	161	175	89	112	169
mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	80	59	72	66	64	61	36	39	51
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 171	949	1 127	1 141	829	1 167	687	679	915
Wohnfläche	1 000 m ²	208	170	196	205	149	205	122	124	161
Wohnräume	Anzahl	9 134	7 387	8 592	8 973	6 429	8 956	5 293	5 324	7 144
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	508	419	490	530	364	513	298	301	402
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	4	3	3	2	2	12	6
Unternehmen	Anzahl	193	164	179	200	125	163	110	97	93
Private Haushalte	Anzahl	916	735	897	901	684	949	538	539	803
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	217	184	189	155	186	191	145	144	195
Umbauter Raum	1 000 m ³	1 084	988	1 151	721	895	740	862	643	846
Nutzfläche	1 000 m ²	176	151	181	111	160	115	149	106	136
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	222	198	256	153	191	114	143	163	163
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	14	20	11	17	22	16	17	12	20
Unternehmen	Anzahl	185	158	165	126	158	168	122	126	169
Private Haushalte	Anzahl	9	6	4	9	6	7	6	6	6
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 993	1 576	1 837	1 921	1 435	1 768	1 092	1 140	1 399
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 662	3 872	3 301	3 645	4 052	3 802	4 004	3 910	...
EU-Länder	Mill. DM	2 154	2 173	1 936	2 082	2 270	2 110	2 327	2 334	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	261	271	207	244	279	277	300	301	...
Dänemark	Mill. DM	58	56	57	48	57	65	53	53	...
Finnland	Mill. DM	26	25	22	24	28	25	27	28	...
Frankreich	Mill. DM	525	527	469	537	543	502	595	611	...
Griechenland	Mill. DM	28	33	29	29	28	34	31	39	...
Großbritannien	Mill. DM	308	283	272	284	301	252	269	278	...
Irland	Mill. DM	18	17	15	12	21	15	16	28	...
Italien	Mill. DM	289	304	273	306	323	269	315	317	...
Niederlande	Mill. DM	211	210	184	183	205	222	222	197	...
Österreich	Mill. DM	146	159	135	145	160	168	168	152	...
Schweden	Mill. DM	69	63	59	49	75	63	67	53	...
Spanien	Mill. DM	180	190	185	179	214	174	223	245	...
Portugal	Mill. DM	35	36	29	42	37	44	42	32	...
USA und Kanada	Mill. DM	292	341	299	341	399	311	362	355	...
Japan	Mill. DM	76	97	63	82	118	101	104	135	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	448	500	408	467	499	550	515	415	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	342	363	277	312	367	319	325	333	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 545	2 811	2 683	2 238	2 731	3 095	2 786	2 662	...
EU-Länder	Mill. DM	1 581	1 726	1 721	1 282	1 662	1 878	1 685	1 664	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	242	292	250	198	218	379	288	304	...
Dänemark	Mill. DM	52	58	44	52	68	19	92	61	...
Finnland	Mill. DM	14	12	19	17	9	11	10	12	...
Frankreich	Mill. DM	391	383	345	273	414	444	303	327	...
Griechenland	Mill. DM	4	2	2	2	1	3	10	6	...
Großbritannien	Mill. DM	118	105	107	84	101	135	128	116	...
Irland	Mill. DM	16	21	22	13	17	23	25	18	...
Italien	Mill. DM	201	174	170	142	176	185	157	165	...
Niederlande	Mill. DM	287	392	451	289	371	367	358	389	...
Österreich	Mill. DM	83	78	70	59	63	100	61	94	...
Schweden	Mill. DM	43	55	73	20	67	39	83	28	...
Spanien	Mill. DM	106	123	142	107	121	155	141	112	...
Portugal	Mill. DM	25	33	25	26	36	18	28	32	...
USA und Kanada	Mill. DM	189	199	185	190	215	203	273	250	...
Japan	Mill. DM	79	69	86	70	103	63	68	38	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	172	208	196	172	212	293	264	217	...
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	261	336	251	260	286	398	240	254	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000					2001		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einzelhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	91,5	92,7	92,4	91,3	91,0	97,9	97,1	94,5	104,4
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	100,9	101,0	100,6	99,1	98,8	108,4	105,9	104,1	123,6
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	97,3	102,3	98,8	96,2	95,2	119,5	100,3	92,4	112,0
Großhandel ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	96,8	97,0	96,7	96,9	96,7	97,1	95,7
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	108,5	116,1	92,3	107,2	122,7	116,0	105,2
Gastgewerbe ¹⁾										
Beschäftigte	1995 = 100	86,6	84,3	81,6	79,8	80,3	84,2	82,2	81,4	82,0
Teilzeitbeschäftigte	1995 = 100	88,9	83,9	79,7	79,1	79,8	83,2	81,6	80,2	81,9
Umsatz ²⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	99,2	101,1	92,0	89,5	82,8	105,3	95,3	91,5	92,1
Tourismus										
in allen Berichtsgemeinden										
Gäste	1 000	570	604	281	335	422	405	286	330	413
Ausländer	1 000	113	123	53	67	83	92	52	66	74
Übernachtungen	1 000	1 753	1 870	863	950	1 223	1 270	867	967	1 213
Ausländer	1 000	333	366	147	188	233	277	137	186	204
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	1 285	1 335	1 169 ^f	1 264	1 323	1 111	1 347
Güterversand	1 000 t	721	825	698 ^f	855	954	743	771
Straßenverkehr										
Zulassungen fabrikneuer										
Kraftfahrzeuge	Anzahl	19 005	17 744	13 846	18 136	26 422	12 641	14 662	13 743	23 056
Krafträder	Anzahl	1 271	1 109	397	976	2 639	212	303	903	1 734
Personenkraftwagen										
und „M 1“ Fahrzeuge	Anzahl	16 370	15 265	12 357	15 970	22 121	11 162	13 002	11 708	19 687
Lastkraftwagen	Anzahl	954	980	821	806	1 113	951	1 077	828	1 071
Zugmaschinen	Anzahl	240	219	153	213	332	199	154	187	294
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 617	1 578	1 231	1 344	1 380	1 419	1 339	1 137	1 330 ^P
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 701	8 806	7 568	8 712	8 753	9 860	8 995	7 643	9 067 ^P
Verunglückte Personen	Anzahl	2 178	2 125	1 687	1 792	1 867	1 893	1 873	1 505	1 768 ^P
Getötete	Anzahl	32	30	21	30	32	21	23	20	28 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	20	17	14	21	21	16	21	13	22 ^P
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	1	1	2	-	-	3	2 ^P
Radfahrer	Anzahl	2	2	1	1	3	-	-	1	-
Fußgänger	Anzahl	3	3	4	4	5	4	2	3	3 ^P
Schwerverletzte	Anzahl	496	458	330	376	402	389	368	282	294 ^P
Pkw-Insassen	Anzahl	263	253	235	258	241	255	248	184	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	106	93	20	41	57	34	38	33	...
Radfahrer	Anzahl	55	44	12	22	33	18	14	21	...
Fußgänger	Anzahl	49	46	53	42	52	65	52	37	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen	Anzahl	94	117	48	103	143	153	178	160	195
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	67 332	101 682	11 724	40 986	137 854	100 470	113 343	119 761	116 465

1) Vorläufige Ergebnisse. – 2) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000					2001		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Kredite und Einlagen ^{1) 2)} (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	207 363	.	.	209 511
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. DM	27 627	.	.	28 187
mittelfristige Kredite (über 1 Jahr bis 5 Jahre)	Mill. DM	20 016	.	.	20 141
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. DM	159 720	.	.	161 183
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	195 319	.	.	196 828
Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	175 377	.	.	175 057
Kredite an öffentliche Haushalte	Mill. DM	19 942	.	.	21 771
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. DM	12 044	.	.	12 683
Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. DM	148 926	.	.	146 567
Sichteinlagen	Mill. DM	32 447	.	.	31 873
Termineinlagen	Mill. DM	44 617	.	.	44 714
Sparbriefe	Mill. DM	10 716	.	.	10 667
Spareinlagen	Mill. DM	61 146	.	.	59 313
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	143 585	.	.	140 677
Einlagen von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	137 412	.	.	136 503
Einlagen von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 173	.	.	4 174
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. DM	5 341	.	.	5 890
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	3 955	4 396	3 903	4 263	3 807	6 110	4 340	4 472	3 394
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 621	1 623	1 263	1 669	1 410	2 889	1 557	1 665	959
Lohnsteuer	Mill. DM	1 195	1 217	1 171	1 622	854	1 645	1 178	1 607	804
Einnahmen aus der Lohnsteuererlegung	Mill. DM	157	216	–	745	–	–	–	777	–
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	62	63	– 176	– 101	51	642	– 198	– 123	– 177
Kapitalertragsteuer	Mill. DM	84	89	215	18	13	27	381	28	31
Zinsabschlag	Mill. DM	45	51	126	80	15	29	226	97	21
Einnahmen aus der Zinsabschlagserlegung	Mill. DM	20	22	–	58	–	–	–	76	–
Körperschaftsteuer	Mill. DM	234	203	– 73	51	478	546	– 29	54	280
Einnahmen aus der Körperschaftsteuererlegung	Mill. DM	31	14	–	3	–	–	–	12	–
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	2 334	2 773	2 640	2 594	2 397	3 221	2 783	2 807	2 435
Umsatzsteuer	Mill. DM	760	745	833	967	538	764	758	739	465
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	1 573	2 028	1 807	1 627	1 859	2 457	2 025	2 068	1 971
Zölle	Mill. DM	185	210	187	190	192	227	186	220	195
Bundessteuern	Mill. DM	238	276	65	102	354	702	94	86	325
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	155	190	– 11	31	243	536	3	11	233
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	71	73	65	44	94	154	79	43	80
Landessteuern	Mill. DM	139	131	147	133	153	115	151	121	181
Vermögensteuer	Mill. DM	5	5	6	7	6	4	– 2	5	3
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	61	61	71	56	70	47	78	70	87
Biersteuer	Mill. DM	7	7	7	5	6	6	7	5	6

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank). – 2) Mit Beginn der Währungsunion haben sich die bankstatistischen Darstellungen gravierend geändert; die Daten ab 1999 sind daher inhaltlich nicht mehr mit den vorhergehenden vergleichbar.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1999	2000					2001		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	783	833	.	.	806	833 ^r
Grundsteuer A	Mill. DM	9	9	.	.	9	6 ^r
Grundsteuer B	Mill. DM	167	177	.	.	163	161 ^r
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. DM	521	574	.	.	576	584
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	71	58	.	.	45	70
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 165	2 424	1 969	2 152	2 226	3 657	2 205	2 237	2 006
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	713	713	549	716	636	1 271	691	715	431
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	1 205	1 426	1 355	1 328	1 235	1 658	1 419	1 433	1 249
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 186	1 183	1 148	1 266	985	1 693	1 295	1 118	725
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	620	610	533	619	544	1 091	684	619	337
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	399	409	467	489	288	402	460	365	205
Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 229	1 255	.	.	997	1 535 ^r
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. DM	405	447	.	.	505	386 ^r
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	503	496	.	.	242	817 ^r
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. DM	58	54	.	.	20	82
Preise										
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet	1995 = 100	104,8	106,9	105,7	106,1	106,3	107,7	108,2	108,9	109,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	101,7	101,2	101,1	101,6	101,1	101,4	102,8	103,2	104,2
Löhne und Gehälter ³⁾										
Arbeiterinnen und Arbeiter im produzierenden Gewerbe										
Bruttomonatsverdienste	DM	4 586	4 680	4 503	.	.	.	4 573	.	.
Arbeiter	DM	4 731	4 822	4 631	.	.	.	4 703	.	.
Arbeiterinnen	DM	3 422	3 513	3 454	.	.	.	3 530	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	27,58	28,15	27,80	.	.	.	28,37	.	.
Arbeiter	DM	28,36	28,93	28,59	.	.	.	29,20	.	.
Facharbeiter	DM	30,33	30,96	30,51	.	.	.	31,22	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	27,10	27,83	27,41	.	.	.	28,11	.	.
Hilfsarbeiter	DM	23,04	23,49	23,35	.	.	.	23,77	.	.
Arbeiterinnen	DM	21,17	21,59	21,30	.	.	.	21,76	.	.
Hilfsarbeiterinnen	DM	20,09	20,43	20,11	.	.	.	20,51	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	38,2	38,3	37,3	.	.	.	37,1	.	.
Arbeiter	Std.	38,3	38,4	37,3	.	.	.	37,1	.	.
Arbeiterinnen	Std.	37,2	37,5	37,3	.	.	.	37,3	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste im produzierenden Gewerbe	DM	6 491	6 616	6 543	.	.	.	6 734	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	5 975	6 056	6 009	.	.	.	6 165	.	.
Männer	DM	6 884	6 995	6 934	.	.	.	7 108	.	.
Frauen	DM	4 916	4 978	4 937	.	.	.	5 073	.	.
Technische Angestellte	DM	6 892	7 068	6 967	.	.	.	7 183	.	.
Männer	DM	7 055	7 235	7 139	.	.	.	7 348	.	.
Frauen	DM	5 390	5 525	5 397	.	.	.	5 628	.	.
im Handel, Kredit- u. Versicherungsgewerbe	DM	4 706	4 902	4 767	.	.	.	5 025	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	4 690	4 890	4 751	.	.	.	5 026	.	.
Männer	DM	5 308	5 508	5 328	.	.	.	5 674	.	.
Frauen	DM	4 082	4 269	4 158	.	.	.	4 385	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Neuer Berichtsfirmenkreis Oktober 1999.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	82 029	82 087	82 163
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	34 785	35 841 ^p	42 249 ^p	11 403 ^p	21 389 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	65 420	63 914 ^p	61 085 ^p	51 546 ^p	62 383 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	71 032	70 343 ^p	72 524 ^p	76 077 ^p	78 620 ^p
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-5 612	-6 428 ^p	-11 439 ^p	-24 531 ^p	-16 237 ^p
Arbeitslose	1 000	4 279	4 099	4 047	4 293	4 277	3 645	3 809	4 093	4 113
Männer	1 000	2 273	2 160	2 134	2 330	2 338	1 892	2 025	2 246	2 275
Arbeitslosenquote ⁴⁾	%	11,1	10,5	10,3	11,0	10,9	8,9	9,3	10,0	10,1
Arbeitslosenquote ⁵⁾	%	12,3	11,7	11,5	12,2	12,2	9,9	10,3	11,1	11,1
Offene Stellen	1 000	422	456	402	438	498	468	454	484	544
Kurzarbeiter	1 000	118	119	85	101	121	70	70	92	122
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	6 405	6 368	6 350	6 315	6 320 ^f	6 419	6 393	6 378	6 382
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	537	527	497 695	507	537 ^f	561	474	532	518
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	189 235	194 982	209 578	177 259	200 052 ^f	237 023	216 920	208 521	209 719
Auslandsumsatz	Mill. DM	62 764	66 608	73 259	63 061	72 452 ^f	87 473	79 576	77 992	79 558
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (kalendermonatlich)	1995 = 100	109,3	111,4	113,2	101,5	114,0 ^f	130,6	115,6	114,9	115,3
Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	109,5	112,5	107,7	105,4	115,8 ^f	127,4	107,9	116,3	115,1
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	113,9	114,2	131,5	97,4	115,5 ^f	141,8	141,2	117,4	121,9
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	108,9	113,4	104,7	106,6	126,2 ^f	141,5	107,2	124,3	128,6
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	102,6	101,8	94,5	99,9 ^f	113,2	96,4	101,4	98,1
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	41 084	41 201	47 132	48 060	43 776 ^f
Gaserzeugung	Mill. kWh	31 403	32 097	37 715	37 355	33 989 ^f	36 419	39 851
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁷⁾										
Beschäftigte	1 000	1 156	1 110	1 095	1 028	1 006	1 041	1 012	949	918
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	116	113	90	74	88	115	81	67	71
Baugewerblicher Umsatz	Mill. DM	16 741	16 915	20 420	10 365	11 535	18 935	18 939	9 807	10 021
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	19 364	19 459	18 829	17 291	16 574	13 379	13 720	11 570	12 815
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	17 594	17 977	17 193	16 026	15 503	12 369	12 659	10 782	11 874
Wohnfläche	1 000 m ²	3 521	3 403	3 410	3 001	2 808	2 357	2 462	2 026	2 292
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 622	3 442	3 040	2 694	2 863	3 107	3 000	2 383	2 717
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	39 809	36 465	37 343	30 787	28 578	24 883	25 962	21 070	23 522
Handel und Gastgewerbe⁸⁾										
Einzelhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	104,0	129,1	91,3	94,5	111,0	127,4	97,2	89,3
Großhandel										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	102,6	102,8	111,1	90,8	100,5	125,9	112,3	101,3	99,6
Gastgewerbe										
Umsatz ⁹⁾ zu jeweiligen Preisen	1995 = 100	95,1	96,0	96,6	81,0	83,1	84,5	95,6	79,0	79,2

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen (Abhängige, Selbständige und mit helfende Familienangehörige). – 5) Arbeitslose in % der abhängigen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose). – 6) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 7) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. – 8) Vorläufige Ergebnisse. – 9) Ohne Umsatzsteuer.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen für Deutschland

Berichtsmerkmal	Einheit	1998	1999		2000				2001	
		Monatsdurchschnitt	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	79 597	83 124	85 092	82 232	90 841	111 057	97 446	101 127	101 634
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	44 983	47 816	45 447	49 552	53 033	62 670	53 279	57 645	59 011
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 524	4 697	4 530	4 847	5 053	5 904	5 573	5 777	5 939
Frankreich	Mill. DM	8 825	9 547	9 427	10 096	10 667	13 225	10 477	12 111	12 039
Großbritannien	Mill. DM	6 780	7 029	6 521	6 952	8 314	9 401	7 472	7 964	8 941
Italien	Mill. DM	5 878	6 248	5 928	6 416	7 173	8 317	7 105	7 993	8 120
Niederlande	Mill. DM	5 576	5 599	5 444	5 802	5 927	6 896	6 347	6 500	6 474
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	69 017	72 496	77 210	77 038	77 843	102 203	95 067	92 417	88 992
EU-Länder insgesamt	Mill. DM	37 670	39 060	40 003	40 915	40 671	53 125	49 178	47 115	46 542
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 870	3 729	4 304	3 948	4 298	5 252	4 766	5 018	5 094
Frankreich	Mill. DM	7 410	7 425	7 366	7 466	6 768	10 178	8 535	8 662	8 596
Großbritannien	Mill. DM	4 724	5 013	5 534	5 321	5 715	7 721	5 850	6 426	5 657
Italien	Mill. DM	5 376	5 396	5 655	5 549	5 196	5 995	6 349	5 822	5 854
Niederlande	Mill. DM	5 785	5 882	5 991	7 227	6 765	9 023	8 479	8 079	7 676
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	50 061	53 301	96 702	53 595	45 448	43 459	95 276	57 490	43 243
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	28 353	30 056	70 427	29 366	19 179	18 061	69 244	34 491	17 088
Lohnsteuer	Mill. DM	21 523	21 809	40 938	22 673	18 747	19 648	40 604	23 521	18 854
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	926	1 774	14 442	- 806	- 1 713	- 2 231	13 488	- 956	- 2 387
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	20 851	22 354	23 648	24 208	26 130	24 691	23 397	23 060	26 029
Umsatzsteuer	Mill. DM	16 974	18 189	18 423	19 678	21 453	18 307	16 414	17 698	20 546
Zölle	Mill. DM	540	519	591	493	507	556	644	484	546
Bundessteuern	Mill. DM	10 876	11 773	27 673	3 643	10 517	11 034	25 418	5 568	10 688
Versicherungsteuer	Mill. DM	1 163	1 160	607	742	4 918	959	574	647	5 061
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	7 996	8 774	23 090	1 174	4 351	8 890	20 904	2 932	4 408
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	1995 = 100	101,3	100,8	102,6	103,2	103,8	109,4	109,8	109,7	110,0
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	95,6	89,9	91,9	90,7	92,9	99,9	98,5	95,6	97,9 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾	1995 = 100	99,5	98,5	99,4	99,8	100,0	103,9	103,6	104,4	104,7
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1995 = 100	98,7	98,4	-	-	98,5	98,8	-	-	98,7
Bauleistungen am Bauwerk ²⁾	1995 = 100	98,7	98,4	-	-	98,5	98,7	-	-	98,6
Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	95,7	95,5	-	-	96,8	98,7	-	-	98,7
Preisindex für die Lebenshaltung										
aller privaten Haushalte	1995 = 100	104,3	104,9	105,5	105,8	106,2	107,7	107,8	108,3	109,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	1995 = 100	103,0	101,7	100,2	101,0	101,6	100,9	101,4	102,9	103,3
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	1995 = 100	104,7	106,0	107,4	107,4	107,4	108,1	108,2	108,3	109,3
Bekleidung und Schuhe	1995 = 100	101,5	101,8	102,1	101,9	101,7	102,4	102,4	102,2	102,0
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	1995 = 100	106,0	107,4	108,3	108,8	109,2	113,0	112,9	113,3	113,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	1995 = 100	101,8	102,1	102,1	102,1	102,1	102,1	102,2	102,3	102,4
Gesundheitspflege	1995 = 100	114,4	110,6	110,8	110,4	110,6	111,4	111,4	111,6	111,9
Verkehr	1995 = 100	104,7	107,6	110,4	111,4	111,7	115,1	114,2	115,1	117,1
Nachrichtenübermittlung	1995 = 100	97,3	88,2	87,3	87,3	85,8	83,9	83,8	83,6	83,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	1995 = 100	103,1	103,4	104,1	103,5	105,0	104,4	105,0	105,4	107,3
Bildungswesen	1995 = 100	112,9	117,5	118,5	118,8	119,0	120,1	120,1	120,6	120,8
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen	1995 = 100	103,6	104,9	104,6	104,4	105,3	105,2	105,8	106,0	106,6
Andere Waren und Dienstleistungen	1995 = 100	102,8	104,5	105,4	106,1	106,2	107,6	107,7	108,5	108,9

1) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 2) Ohne Baunebenleistungen.

In Kürze erscheint:

Handbuch der Finanzstatistik 2000

Das bewährte kartoniert gebundene Nachschlagewerk stellt umfassend und detailliert neue Zahlen über die Finanzen des Landes und der kommunalen Körperschaften bereit. Einnahmen aus Steuern und Gebühren, Ausgaben für Bildung und Soziales, Schuldenstand und Realsteuerhebesätze: Dies sind nur einige Beispiele für die Fülle wichtiger Informationen, die hier zu finden sind.

Besonderen Wert für Analysen haben die Regionaltabellen, in denen Angaben auch für einzelne Gebietskörperschaften nachgewiesen werden. Neben der Gesamtschau des öffentlichen Sektors als Teil der Volkswirtschaft ist die einzelwirtschaftliche Betrachtung im Vergleich mit anderen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreisen eine wesentliche Auswertungsmöglichkeit, die das tief gegliederte finanzstatistische Zahlenmaterial eröffnet.

Dem mehr als 600 Seiten umfassenden Tabellenteil sind ausführliche methodische Abhandlungen vorangestellt, die sowohl die materiellen Grundlagen der erhobenen Tatbestände als auch das statistische Verfahren erläutern. Inhalt und Aussagefähigkeit der vorgelegten Ergebnisse werden damit klar umschrieben.

Das Handbuch der Finanzstatistik kann zum Preis von 48 DM zuzüglich Versandkosten beim Statistischen Landesamt bezogen werden.

Statistisches Landesamt
Vertrieb der Veröffentlichungen

56128 Bad Ems

Telefon (0 26 03) 71 - 2 45

Telefax (0 26 03) 71 - 3 15

E-Mail poststelle@statistik-rp.de

Rheinland-Pfalz



Handbuch der Finanzstatistik 2000

Statistisches Landesamt

kurz + aktuell

Umsatzrekord der rheinland-pfälzischen Industrie im März 2001

Die rheinland-pfälzische Industrie verzeichnete im März 2001 ihren höchsten Monatsumsatz in den letzten 50 Jahren. Es wurden Güter mit einem Gesamtwert von mehr als 10,9 Mrd. DM verkauft. Im Vergleich zum März des Vorjahres entspricht das einem Anstieg von 2,2%. Der Zuwachs beruhte wesentlich auf dem florierenden Auslandsgeschäft. Mit 4,7 Mrd. DM wurden im Export 326 Mill. DM oder 7,5% mehr umgesetzt als im März 2000. Der Absatz auf dem deutschen Inlandmarkt ging im Vergleichszeitraum um 1,4% bzw. 88 Mill. DM auf 6,3 Mrd. DM zurück. fu

Rund 19% der in 2000 genehmigten Einfamilienhäuser sind Fertighäuser

Von den im Jahr 2000 in Rheinland-Pfalz genehmigten 10 835 neuen Wohngebäuden sollen 1 787 oder 16,5% in Fertigteilbauweise erstellt werden. Damit konnte die Branche ihren Marktanteil im Vergleich zum Vorjahr halten.

Von den zum Bau freigegebenen 8 320 Einfamilienhäusern sind 18,7% als Fertighaus geplant (1 553 Gebäude). Der Anteil der vorgefertigten Zweifamilienhäuser konnte gegenüber dem Vorjahr von 10,5 auf 11,5% oder 208 Einheiten gesteigert werden. hw

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung

Steuerart	Januar - April		Veränderung
	2000	2001	
	Mill. DM		%
Landessteuern	547,1	596,2	9,0
Vermögensteuer	23,4	8,6	- 63,3
Erbschaftsteuer	87,6	89,3	2,0
Gründerwerbsteuer (Landesanteil)	59,1	61,3	3,7
Kraftfahrzeugsteuer	261,5	316,8	21,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	82,5	89,3	8,3
Feuerschutzsteuer	7,5	7,1	- 5,7
Biersteuer	25,6	23,7	- 7,4
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	1 968,0	1 883,1	- 4,3
Lohnsteuer	1 662,6	1 612,4	- 3,0
Veranlagte Einkommensteuer	- 155,0	- 299,8	X
Kapitalertragsteuer	124,1	247,9	99,7
Zinsabschlag	104,6	160,4	53,4
Körperschaftsteuer	231,7	162,2	- 30,0
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	1 644,2	1 430,6	- 13,0
Umsatzsteuer	1 197,3	905,9	- 24,3
Einfuhrumsatzsteuer	446,9	524,7	17,4
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	34,0	28,0	- 17,6
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (FDE)	16,1	10,1	- 37,2
Gewerbesteuerumlage-Anhebung (LFA)	51,9	35,6	- 31,4
Gewerbesteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	12,5	7,7	- 38,9
Insgesamt	4 273,8	3 991,1	- 6,6

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im April 2001

Indexbezeichnung	1995 = 100	Veränderung zu April 2000 in %
Früheres Bundesgebiet 1)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,3	2,8
davon		
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	105,6	4,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	109,6	2,0
Bekleidung, Schuhe	103,3	0,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	113,2	3,7
Einrichtungsgegenstände (Möbel), Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	103,1	0,6
Gesundheitspflege	111,3	1,1
Verkehr	118,0	5,4
Nachrichtenübermittlung	81,7	-
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	104,8	0,6
Bildungswesen	118,9	0,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	107,4	1,4
Andere Waren und Dienstleistungen	109,1	2,6
4-Personen-Haushalte von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen		
Gesamtindex	109,0	2,7
4-Personen-Haushalte von Beamten und Angestellten mit höherem Einkommen		
Gesamtindex	108,3	2,4
2-Personen-Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen		
Gesamtindex	109,8	3,1
Deutschland 2)		
Alle privaten Haushalte		
Gesamtindex	109,5	2,9

1) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. - 2) Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft DM 3,80 Jahresabonnement DM 43,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon (0 26 03) 71 - 245, Telefax (0 26 03) 71 - 315, E-Mail: poststelle@statistik-rp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2001 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.